

3.4 Netzwerke und Initiativen-Verbände

Netzwerke lassen den Gruppen ihre volle Eigenständigkeit sowie ihren eigenen Namen. Unterschiede gibt es aber in der Struktur des Netzwerkes selbst. Meist hat das Netzwerk einen festen Namen und es können Einzelpersonen im Namen des Netzwerkes sprechen. Einige haben selbst formale Strukturen: Die Gruppen sind dann korporative Mitglieder oder auf ähnliche Art formal angebunden – solche Netzwerke werden im folgenden Initiativenverbände genannt. Dieser Art gibt es bundesweit vor allem zwei:

- In Westdeutschland den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- und in Ostdeutschland die Grüne Liga.

Zudem gibt es in einigen Ländern Zusammenschlüsse, am größten ist der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in Niedersachsen.

Es gibt aber auch lose Netzwerke, dessen einzigen meßbaren Elemente ein regelmäßiger Rundbrief, Treffen oder eine Adressenliste sind. Viele von ihnen haben bestimmte Themen oder sind Bündnisse zur Vorbereitung von Aktionen, die sich danach wieder auflösen. Thematische Netzwerke haben sich dagegen sehr zahlreich gebildet und sind unterschiedlich groß und fest organisiert. Viele sind nicht selbst aktionsfähig, sondern schaffen eine rein informelle Struktur, um den Austausch von Informationen und Erfahrungen zu erleichtern, andere führen auch Kampagnen durch.¹ Da vielen ein struktureller Überbau fehlt, muß für jede Aktivität eine gesonderte Aktionsstruktur geschaffen werden. Häufig werden einzelne Basisgruppen dann zu den Koordinationspunkten der konkreten Aktion. Auch in den meisten losen Netzwerken können Personen im Namen des Netzwerkes auftreten. Demgegenüber sehr selten sind solche Netzwerke, die offensiv von unten organisiert sind, d.h. es gibt keine übergeordneten Personen oder Gremien, die für andere handeln oder sprechen, sondern alles ist immer ein gleichberechtigtes Miteinander – alle konkreten Projekte und Handlungen entstehen im konkreten Fall als freie Vereinbarungen zwischen den AkteurInnen bzw. Niemand spricht für andere, sondern jedes Projekt und jede Gruppe für sich. Ein Beispiel ist das Umweltschutz-von-unten-Netzwerk.²

Neben diesen drei Typen gibt es Mischformen und etliche hierarchische Organisationen, die sich Netzwerk nennen, aber es nicht sind.³

3.4.1 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Dem BBU fehlen die typischen Ebenen durchorganisierter Verbände, also Landesverbände oder Ortsgruppen mit ähnlichem Namen. Auf Bundesebene weist er aber alle Strukturen eines Vereines auf, so z.B. einen Vorstand und eine Geschäftsstelle. Er hat aber keine Untergliederungen und nur Fördermitglieder als eigene Basis. Ansonsten sind Gruppen korporative Mitglieder. Sie behalten ihren Namen und sind organisatorisch völlig eigenständig. Der BBU kann weder Anweisungen erteilen noch im Namen der Gruppen sprechen. Jede Gruppe kann jederzeit austreten (was z.B. BUND- oder NABU-Gruppen nicht können!).⁴

A. Kurze Geschichte

Der BBU wurde 1972 gegründet. Getragen von den zu dieser Zeit sich vielerorts gründenden Bürgerinitiativen, Anti-AKW- und Friedensgruppen war der Bundesverband über viele Jahre der größte deutsche Umweltverband. Zudem war er in den 70er Jahren der einzige bundesweit agierende, politische Umweltverband. Den BUND gab es noch gar

nicht, der NABU fristete als DBV ein selbstgewähltes Randdasein im reinen Vogelschutzbereich. Beide befürworteten die Atomkraft oder lehnten Stellungnahmen dazu ab. Die Stärke des BBU als Sammelbecken aber währte nur einige Jahre. Die politischen Forderungen, zentrale Aktionen und viele Materialien (Broschüren, Plakate, Buttons usw.) zeugen von dieser Blütezeit Anfang der 70er Jahre. Im BBU agierten viele thematische Netzwerke, die sich später abspalteten bzw. selbständig organisierten, z.B. Umkehr e.V., Das bessere Müllkonzept, Anti-AKW-Bündnisse oder Teile der Friedensbewegung. Zeitungsprojekte entstanden im BBU und liefen später selbständig weiter. Vor allem aber bildeten die vielen Gruppen im schwächelnden BBU die Basis für den Aufbau der Grünen und des BUND Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre.

Der erste drastische Einbruch in der Arbeitsfähigkeit des BBU entstand in den Jahren 1982-84. Grund war vor allem der BBU-Vorstandssprecher Jo Leinen, SPD-Mitglied und späterer Umweltminister im Saarland. Er „regierte“ den BBU sehr autoritär, z.T. auch zusammen mit anderen Parteileuten im Vorstand. Als die erste Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung stattfand, rief der BBU zum Boykott dieses Kongresses auf. Die Basis reagierte verärgert und erzwang den Rücktritt des BBU-Vorständlers Wüstenhagen (F.D.P.). Auch Jo Leinen bezog Kritik nach einigen fragwürdigen Auftritten auf Anti-Atom-Veranstaltungen.

Im Original: Auszug aus dem Text „Die Anti-AKW-Bewegung“ von Reimar Paul (S. 20/ 21) im Buch „Und auch nicht anderswo“ (Verlag die Werkstatt, Göttingen)

... Von militanten Aktionen distanzierte sich der BBU stets in scharfer Form. ...

Vor allem in Person ihrer jeweiligen Vorstandssprecher entwickelte die Bonner BBU-Zentrale bald eine eigene Lobby- und Pressepolitik. Die Verbandsspitze begab sich ob soviel „Eigenmächtigkeit“ und vor allem wegen ihrer „versöhnlicherischen“ Politik oft in Widerspruch zu den linken Initiativen in den Städten. Besondere Kritik machte sich an den Vorsitzenden fest: Der erste BBU-Vorstandssprecher Wüstenhagen gehörte der FDP, seine Nachfolger Schumacher, Vogt und Leinen der SPD an (wobei die beiden erstgenannten später wieder austraten). Zum roten Tuch für weite Teile der Anti-Atom-Bewegung wurden insbesondere Helmut Wüstenhagen und Josef („Container-Jo“) Leinen. Im Februar 1977, vor den parallelen Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe, trafen sich Wüstenhagen und der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg zu vertraulichen De-Eskalationsgesprächen. Dabei diffamierte der BBU-Chef die Brokdorf-Fahrer als „anarchistische Gewalttäter“ und „Chaoten“ und gab die linken AKW-Gegner damit praktisch zum staatlichen Abschub frei.

Als Gegensatz Auszüge aus einem Faltblatt aus der Gründungszeit (ohne Datum)

... wird sich aus tausend Einzelinitiativen allmählich ein dichtes Netz von Basisgruppen bilden, die unsere Gesellschaft tiefgreifend umgestalten können. ... Was ist unser Weg? ... Überwindung bestehender Gewaltverhältnisse durch Nichtzusammenarbeit (Streik, Boykott usw.), bürgerlichen Ungehorsam (Übertretung ungerechter Gesetze) und gewaltfreie Konfrontationen (Platzbesetzung, Straßenblockade, sit in, go in usw.).⁵

Zu einer weiteren Eskalation kam es, als Jo Leinen eine Mitgliederversammlung zeitlich parallel zum damals noch als BBU-Veranstaltung laufenden Verkehrsinitiativenkongreß ansetzte. Er hoffte so, eher eine Mehrheit zu bekommen, wenn Mitgliedsgruppen wegbleiben, Einzelmitglieder aber kommen würden. Die Verkehrsinitiativen ließen sich das aber nicht bieten. Jo Leinen mußte gehen.⁶

Die Nachfolge traten Vorstände an, die versuchten, kollegialer zu arbeiten. Schließlich wurden die SprecherInnenposten sogar abgeschafft. Zu prägenden Personen wurden für viele Jahre Christa Reetz und Helmut Wilhelm, die beide (Christa Reetz ganz zu Beginn, Helmut Wilhelm 1994) MandatsträgerInnen bei den Grünen wurden, ohne ihre Engagement beim BBU einzustellen. Der Vorstand um Jo Leinen hinterließ nicht nur einen durch

Protestaustritte verkleinerten, sondern auch hochverschuldeten Verband. Davon erholte sich der BBU bis heute nicht. Er setzte kaum noch Akzente und versank Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in der politischen Bedeutungslosigkeit.⁷

Einen neuen Streit entfachten 1995 einige Vorstandspersonen mit ihrem Wunsch, dem Deutschen Naturschutzring beizutreten. Proteste kamen vor allem von Basisgruppen, die sich aber im BBU kaum noch artikulierten. Der Vorstand stellte auf den Mitgliederversammlungen bis zur Hälfte der Stimmen. Als Konsequenz aus dem DNR-Beitritt trat Christa Reetz 1996 von ihrem Amt im Geschäftsführenden Vorstand zurück.⁸ Ihr Nachfolger wurde Jörg Bergstedt, der mit offensiver Kritik am Kurs des BBU antrat, sich allerdings mit klaren Positionen für Genfeldbesetzungen, gegen die Agenda 21 und die Umorientierung der Grünen schnell auf einer Außenseiterposition wiederfand und nach einem Dreivierteljahr zurücktrat.⁹ Danach kandidierten nur noch von der BBU-Führungsgruppe um Wolfgang Guhle (Grüne) und weiteren SPD-, Grünen- und PDS-Mitgliedern ausgesuchte Personen aus dem BBU-Umfeld und aus staatlichen Verwaltungen. Kritische Positionen des BBU zu Markt und Staat gibt es seitdem nicht mehr.

Völlig verloren hat der BBU seine ursprüngliche gesellschaftspolitische Ausrichtung, d.h. die Verknüpfung von Umweltfragen mit Friedenspolitik oder die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen im Staat. Den VorständlerInnen fehlt auch der gesellschaftspolitische Blick. Nach Kritik an einem Interview des energiepolitischen Sprechers Eduard Bernard in der rechtsgerichteten Zeitung „Junge Freiheit“ stellte sich heraus: Im BBU kannte niemand solche Blätter.¹⁰

B. BBU ohne Geld: Mangelverwaltung

Die 90er Jahre bedeuteten im wesentlichen Mangelverwaltung. Umschuldungen, die Auflösung der eigenen Verlags GmbH, der immer wieder schwierige Versuch, überhaupt noch eine funktionsfähige Geschäftsstelle zu erhalten und viele andere Aufgaben füllten die Vorstandsmitglieder fast gänzlich aus. Aktive Arbeitskreise gab es kaum noch, da viele der früheren zu eigenständigen Netzwerken oder Vereinen wurden. Mitgliederversammlungen wurden noch von 10-20 Mitgliedern besucht. Um Vorstandsämter gab es kaum Kampfabstimmungen, man war froh, überhaupt Leute zu finden.

Seit Jahren schleppt der BBU Altschulden mit sich herum. Ein Abzahlen war kaum möglich, da die Einnahmen zu gering waren und zudem meist unter den Ausgaben lagen. Aktive BBULerInnen zahlten ihre Fahrt- und sonstigen Kosten selbst, Angestellte verzichteten auf Teile ihres Lohns. Der Finanzbericht 1995 wies Einnahmen von 141.000 DM auf, die Ausgaben lagen um 10.000 DM höher.¹¹ Die Geschäftsstelle verfügte nur über eine selbstfinanzierte Halbtagsstelle, zusätzlich waren ständig wechselnde Personen auf Arbeit-statt-Sozialhilfe-Stellen der Stadt Bonn anwesend. Die aktuelle Situation ist nach außen kaum transparent, die internen Mitgliederinformationen erscheinen selten – oft ganze Jahre nicht.

Im Original: Auszüge aus dem Papier mit Hintergrundinformationen, zusammengestellt vom WDR zu dessen Sendung über 25 Jahre BBU und 20 Jahre Öko-Institut

Der BBU wurde 1972 von Bürgerinitiativen der Umweltbewegung gegründet. Sein Vorstand interpretierte den BBU stets – im Gegensatz zu vielen Mitgliedsinitiativen – weniger als kritische Alternative zum Parteienstaat, denn als konventionellen Fachverband zur Umweltpolitik, der in der Zusammenarbeit mit dem Parteienstaat versucht, politische Lobbyarbeit zu betreiben ...

Der BBU war in Teilen der Anti-AKW-Bewegung umstritten, weil er sich öffentlich von dem Teil des Widerstandes distanzierte, der zu Massendemonstrationen und zivilem Ungehorsam direkt an den Bauplätzen der Atomanlagen aufrief. ...

Sind Bewegungsinstitutionen wie der BBU heute nur noch ein Korrektiv – reparieren sie den politischen Apparat, wo er schlecht läuft, und sichern so seine Fortexistenz? ...
Am Beispiel der Proteste gegen die Castor-Transporte: Hat sich der BBU überlebt?

C. Struktur: Statt starkem Netzwerk – Lobbyarbeit und der Traum vom Verband

Der BBU unterscheidet sich in seiner Struktur wesentlich von den anderen Umweltverbänden. Er hat keine Untergliederungen, d.h. die Basisgruppen bleiben autonom. Diese Besonderheit hat der BBU-Vorstand nie als Chance, sondern immer als Belastung empfunden. Er agierte wie ein Verband: Beschlüsse fällen und hoffen, daß sie ausgeführt werden. Basisorientierung, Kampagnenarbeit und vieles mehr waren ebenso unbekannt wie das Verständnis des BBU als eine bundesweite Spitze in Widerstandsbewegungen.¹² Vielmehr versuchten auch die BBULerInnen ständig, wie ein großer Verband aufzutreten und politische Lobbyarbeit zu machen. Das wurde der Basis nie gerecht. Diese ging auf immer mehr Abstand zur Zentrale und suchte, wenn die Gruppen eigenständig aktiv blieben, Aktionsbündnisse außerhalb des BBU. Das Gen-ethische Netzwerk oder die Anti-Atom-Bewegung mit ihren Konferenzen und Aktionen zeigten Mitte der 90er Jahre eher, wie der BBU hätte agieren können.¹³ Inzwischen hat der BBU das Lager gewechselt. Er ist ein Verband geworden – ohne Basisbezug, eher wie ein Lobbyverband, organisiert im DNR und, beschränkt auf Energiethemen, im engen Kontakt mit den anderen etablierten Umweltverbänden. Mitgliedsgruppen hören vom BBU meist monatelang nichts, während die BBU-Oberen in Gremien arbeiten oder sich (immer öfter zusammen mit anderen DNR-Verbänden) in der Presse ablichten lassen. So ist Wolfgang Guhle vor Castortransporten auf Pressekonferenzen mit den Vorsitzenden von NABU und BBU regelmäßig zu sehen, auf den Anti-Atom-Konferenzen fehlen dagegen VertreterInnen des BBU.

D. BBU und der Staat: Politiklängel im Vorstand

Der BBU-Vorstand war, wie bei anderen Verbänden auch, immer ein Ort, in dem sich Leute mit Parteibüchern besonders wohl fühlten. Sie kamen aus SPD und Grünen, in der Anfangszeit aus der F.D.P., neuerdings auch aus der PDS. Wieweit das eine Rolle dabei spielte, daß der BBU nie zu einer überregionalen Speerspitze der radikalen Umweltbewegung wurde, sondern Ort einer der frühestens Spaltungen in gewaltfreie Lobbyarbeit und selbstorganisierte Widerständigkeit war, ist schwer zu sagen. In jedem Fall ist durchgehend erkennbar, daß viele Spitzenleute des BBU mehr ihre Parteikarriere im Auge hatten und daher darauf achteten, daß der BBU die politische Struktur (Parlamentarismus) nicht grundsätzlich in Frage stellte oder die nahestehenden Parteien kritisierte. Im BBU-Vorstand herrscht mehrheitlich eine positive Grundeinstellung zu den Grünen und Teilen der SPD.¹⁴ Grundlegende Kritik wurde nur von Einzelnen vorgebracht, die sich damit nicht durchsetzen können – heute ist sie gänzlich verschwunden.

Die Handlungsfähigkeit des BBU ist begrenzt, nur wenige Aktive unter den Vorstandsmitglieder haben alles in der Hand. Sie und wenige andere Aktive nehmen oft nur ihre Sitze in staatlichen oder staatsnahen Gremien wahr.¹⁵ Klassische BBU-Aufgaben wie die Öffentlichkeitsarbeit oder der Informationsfluß zu den Mitgliedsgruppen werden vernachlässigt.¹⁶ Da die zentralen Personen der letzten Jahre allesamt Parteimitglieder sind, fehlt dem BBU auch die Unabhängigkeit.¹⁷ Der Beitritt zum DNR, das Streben nach Förderungen durch Umweltbundesamt und DBU sowie die Mitarbeit in Gremien wandelten den früheren Aktionsverband zu einem Lobbyverband, allerdings ohne wesentlichen Einfluß gegenüber den in der Lobbyarbeit tonangebenden Verbänden BUND, NABU und DNR. Nur bei

atompolitischen Themen durfte er mit in der ersten Reihe der presseorientierten Strategien der großen Verbände stehen. Kritik am Anpassungskurs des BBU kam sporadisch aus der Basis, z.B. aus der BI Lüchow-Dannenberg. Letztlich fehlte den Gruppen aber die Kraft und auch das Interesse an der BBU-Führungsebene, um den Anpassungsentwicklungen entschieden entgegenzutreten.

E. Grüne und BUND beerben den BBU

Der Zerfallsprozeß des BBU, der durch den Machtmißbrauch an der Spitze des Verbandes begann, wurde durch die Gründung von Grünen und des BUND erheblich beschleunigt. Bestand zu den Grünen ein Verhältnis der Sympathie, das viele wechseln ließ, so hat der BUND bei seiner bundesweiten Gründung sehr systematisch die Bürgerinitiativen besucht und für einen Verbandswechsel zu gewinnen versucht. Nach der Enttäuschung über den BBU schien Anfang und Mitte der 80er Jahre die Gründung eines neuen Verbandes eine Hoffnung für viele frustrierte Gruppen. Statt basisdemokratische und offene, radikale Aktionsformen im BBU durchzusetzen, sehnten sich die Gruppen nach verbindlichen Arbeitsformen und erhofften sich von der Geschlossenheit eines Großverbandes wie dem BUND neue Impulse – eine trügerische Hoffnung, die letztlich auch auf den Kopf stellt, was aus dem BBU-Zerfall zu lernen gewesen wäre.

Beispiel: Die BI gegen Atom in Hersfeld – erst zum BUND, dann auch zu den Grünen¹⁸

Ein gut dokumentiertes Beispiel, das so oder ähnlich auch andernorts ablief, sind der heutige BUND und die Grünen Bad Hersfeld. Den Anfang machte im September 1977, also in klassischer BI-Zeit, die Gründung des „Arbeitskreises Kernenergie und Umwelt“. Die Anfangszeit als BI zeigt neben dem Engagement in der Anti-AKW-Frage, daß auch allgemeine gesellschaftspolitische Fragestellungen erörtert wurden bzw. für einige Aktive der Einsatz auch der Grundveränderung der Gesellschaft dient – ein Merkmal, das es in verbandlichen Gruppenstrukturen in der Regel nicht gibt. 1978 nannte sich die Gruppe in „Arbeitskreis Umweltschutz“ um und trat an die Öffentlichkeit. Im April 1980 dann gründet sich der BUND. In der Chronologie des Vereines ist zu lesen: „Knapp eine Handvoll Aktivisten aus dem 'Arbeitskreis Umweltschutz' hatte sich nach aufreibenden Diskussionen dafür entschieden, ihr Umwelt-Engagement künftig im Rahmen einer größeren und strafferen Organisationsstruktur fortzusetzen, wie sie beim BUND zu finden war. Die Mehrheit des alten 'Arbeitskreises' – hauptsächlich die jüngeren Mitglieder – folgte diesem Schritt nicht. Sie wollte ihre Autonomie erhalten und befürchtete, der Anschluß an den BUND bedeute eine politische Wende in Richtung konservativer Naturschutzarbeit.“

Der ursprüngliche „Arbeitskreis Umweltschutz“ zerfiel. Übrig blieb die BUND-Gruppe, die sogar einige Ortsverbände bilden konnte, die aber nur aus wenigen Personen bestand. Das Hauptaugenmerk verlagerte sich auf die Lobbyarbeit, d.h. einen kooperativen, auf die Parlamente und Gremien zugeschnittenen Arbeitsstil. So finden sich in der Chronologie des BUND verschiedene Hinweise auf die „Erfolge“ dieser Nähe zu den Regierenden: Berichtet wird von Vorschlägen, die in den Behördenmühlen hängenblieben, von einem Umweltbeauftragten, der aus dem BUND kommt, die Teilnahme mit einem Wagen am Festumzug und vieles mehr – direkte Aktionen, Widerstand oder politische Öffentlichkeitsarbeit findet sich auf den vielen Seiten selbstgeschriebener Geschichte kaum. Je länger man in der Geschichte des BUND Hersfeld-Rotenburg zurückblickt, desto eher finden sich radikalere Aktionsansätze. Sie stehen teilweise in schroffem Gegensatz zu heutigen Strategien. Ein prägnantes Beispiel ist das Verhältnis zum ADAC: Am 15.6.1990 protestierte der BUND mit direkten Aktionen gegen eine Motorsportveranstaltung des ADAC in Hersfeld. Sieben Jahre später organisierte derselbe Verein einen Mobilitätstag. Diesmal war der ADAC Partner! Und schon 1990, in der Festschrift des BUND zum 10jährigen Jubiläum, war Platz für Anzeigen vom Müllentsorger und für PVC-Beläge.

Ein Teil der BUND-FunktionärInnen ist in den 90er Jahren auch an die Spitze der Grünen-Gliederungen in der Region gerückt. BUND-Vorsitz und Spitzenfunktion in der Partei hatte Gerda Pfahl inne, die in beiden Organisationen recht regide ihre Machtpositionen aufbaute und KritikerInnen wegdrängte. Unter ihrer Führung, aber auch schon vorher, wurden Grüne und BUND zu zahmen Gruppen ohne politisches Profil, die teilweise in Gegnerschaft zu unabhängigen Initiativen standen, sich an direkten Aktionen nicht mehr beteiligten, aber an den Tischen der Mächtigen, in Gremien und Ausschüssen, regelmäßig mitmischten.

Insgesamt ist der BBU heute ein Verband, der noch ein bißchen aus der Bekanntheit der Vergangenheit zehrt, aber nicht in der Lage ist, neue Arbeitsstrategien z.B. der Anti-Atom-Bewegung oder der GentechnikgegnerInnen aufzugreifen und zu unterstützen. Stattdessen schielen die Verbandsoberen auf Posten in staatlichen Gremien, nehmen sich die großen Umweltverbände als Vorbilder und verlieren auf diesem Weg immer mehr an Bedeutung. Denn im Konzert der etablierten, staatsnahen UmweltschützerInnen hat der BBU mit seinen Ressourcen und dem strategischen Unvermögen der Vorstandsmitglieder keine Chance – nur im Atombereich darf er mit den großen Verbänden zusammen auftreten. Gegenüber neuen Ansätzen im Arbeitsstil, z.B. das Umweltschutz-von-unten-Netzwerk oder die Zeitung „Ö-Punkte“ verweigerte sich der Vorstand.

3.4.2 Grüne Liga

Die Grüne Liga hat mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz einige Ähnlichkeiten in der Struktur. Allerdings ist die Aktivität und auch der Organisationsgrad bedeutend höher. Vor allem die regionalen Gliederungen der Grünen Liga sind überwiegend noch funktionsfähig, halten Informationsflüsse aufrecht, zetteln eigene Projekte an oder geben Zeitschriften heraus.

Die Grüne Liga vereint ca. 100 örtliche Gruppen und hat einen Etat von 20 Mio. Mark (1995). 20 feste Stellen plus ABM-MitarbeiterInnen finden sich in Bundesgeschäftsstelle und Regionalverbänden. Die Mitgliederzahl betrug Mitte der 90er Jahre ca. 2.000.¹⁹

A. Kurze Geschichte

„Die Grüne Liga ist ein Kind der Wende“ so steht es in der Geschichte des Verbandes.²⁰ Die Basis bildeten zum einen die Gruppen, die schon zu SED-Zeiten aktiv waren, z.B. im Rahmen der Kirche, des Kulturbundes oder auf eigene Faust. Im April 1989 trafen sich in Potsdam aktive UmweltschützerInnen aus den GNU-Gruppen²¹, um über die weitere Zusammenarbeit zu reden. Ebenso diskutierten die ehemals kirchlichen Umweltgruppen ihre Zusammenarbeit. Die Treffen liefen teils getrennt, viele Diskussionsprozesse fanden aber auch gemeinsam statt. Ab Herbst 1989 ging alles sehr schnell. Am 7.10. verabschiedete ein Treffen eine Absage an die stalinistische Führungsriege der DDR, im November wurde der Gründungsauftrag für eine Grüne Liga verfaßt. Wenig später gab es ein vorbereitendes Treffen zur Gründung. Diese erfolgte dann am 3. und 4. Februar in Buna.

Im Original: Auszüge aus der Gründungssatzung

§ 5 Struktur und Arbeitsweise

(1) Die Vereinigung arbeitet als Netzwerk der ökologischen Bewegung in der DDR bzw. auf dem Territorium der DDR, wenn diese als selbständige Gebietskörperschaft wegfällt. Die Spezifik der Vereinigung ist durch die weiteste Form der Mitgliedschaft bestimmt, um allen interessierten natürlichen und juristischen Personen eine gleichberechtigte Mitarbeit zu ermöglichen. ...

(3) Die Landesverbände sind eigenständig und regeln ihre Arbeitsweise ebenso. ...

Schnelle Popularität verschaffte der Neugründung ihre Teilnahme an den Runden Tischen. Der Vorstandsvorsitzende, Klaus Schlüter, wurde von Hans Modrow, dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten, in die Regierung berufen, in kurzer Folge entstanden zudem mehrere Regionalbüros und die Bundesgeschäftsstelle.

Doch dieses „Glück“ währte nur kurz. Mit der Machtübernahme durch die CDU in der noch bestehenden DDR wurde das Thema Umweltschutz von der politischen Tagesordnung verbannt, die Einheit und der wirtschaftliche Aufschwung verdrängten andere politische Fragen. Die Grüne Liga konsolidierte ihre eigene Struktur und begann, stärker auf eigenen Füßen zu stehen. Heute ist ein Teil der Arbeit frei bzw. aus sehr unterschiedlichen Quellen finanziert. Aus dem „Netzwerk Ökologischer Bewegungen“, wie sich die Grüne Liga im Untertitel nennt, ist aber vor allem auf Bundesebene ein etablierter Verband geworden, der (ganz im Sinne des allgemeinen Trends im Umweltschutz) verstärkt Lobbyarbeit betreibt und direkte Aktionen immer mehr einstellt. Dabei gibt es ein Gefälle von oben nach unten, der stärkste Hang zu staatsnaher Gremienarbeit besteht auf Bundesebene.²²

In der Struktur sind die Netzwerk-Ansprüche aber auch heute noch gut erkennbar. Es gibt zwar einen Bundesverband, aber der ist ein Zusammenschluß der selbständig arbeitenden regionalen Gliederungen. Nur eine Person (Klaus Schlüter) war bislang immer in Spitzenfunktionen aktiv. Vor Ort haben Grüne-Liga-Gruppen oft eigene Namen und sind dem Gesamtverband gegenüber nicht weisungsgebunden. Einige stehen bis heute der Lobbyarbeit kritisch gegenüber – allerdings mit abnehmender Tendenz. Auch die Grüne Liga orientiert sich mehr und mehr an den Strategien der etablierten Verbände. Mitte der 90er Jahre stammten fast 80 Prozent der Finanzmittel aus staatlichen Quellen – der absolute Rekord aller Umweltverbände.¹⁹

B. Die Grüne Liga und die West-Umweltverbände

Schon die Gründung der Grünen Liga führte zu der Frage: Wie steht die Grüne Liga zu den West-Umweltverbänden? Der BUND, der sich bis dahin keine „Partnerorganisation“ im Osten ausgesucht hatte, versuchte, die Grüne-Liga-Gründung so zu beeinflussen, daß am Ende BUND-Landesverbände entstehen würden. Das mißlang aber – auch durch die auf der Grünen-Liga-Gründungsversammlung vorgetragene Kritik am BUND durch UmweltschützerInnen aus Projektwerkstätten.²³ Die Mehrheit wollte eine Unabhängigkeit, der BUND begann erst anschließend mit dem mühsamen Aufbau eigener Verbandsstrukturen und ist bis heute nur ein ganz kleiner Verband im Osten (siehe Kap. 3.2.1).

In den letzten Jahren näherte sich die Grüne Liga aber den Arbeitsstrategien der Westverbände stark an. Die Liga verstand sich nicht nur als Umweltorganisation in den Ost-Bundesländern, sondern zunehmend auch als Bundesumweltverband. Der Eintritt in den Deutschen Naturschutzring, die Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz, die Wahl der Bundessprecher Klaus Schlüter und später Leif Miller in das Präsidium des DNR²⁴ sowie einige Einzelkooperationen mit den großen Westverbänden waren die Etappen auf dem verbandlichen Etablierungsweg. Vorangetrieben wurde er von wenigen BundesfunktionärInnen, die relativ weitgehend abgekoppelt von der Basis arbeiteten. Auch inhaltlich paßte sich die Grüne Liga weitgehend an: 1997 trug sie den Vorschlag zur ökologischen Steuerreform des Deutschen Naturschutzringes mit – einschließlich des umstrittenen Passus, daß die Großenergieverbraucher erhebliche Ermäßigungen erhalten sollten. Die Grüne Liga hält nach wie vor daran fest, regionale Arbeit nur auf dem Gebiet der Ex-DDR zu leisten. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz verzichtete als einziger Westverband bisher auf eigene Strukturen im Osten und rief zur Mitarbeit in der Grünen Liga auf. Die Grüne Liga sah aber den BBU nicht als attraktiven Partner, sondern hat sich in den letzten Jahren stark den großen Westverbänden, vor allem dem DNR, zugewandt. Das trifft, zumindest auf überregionaler Ebene, auch auf die tägliche Praxis zu: Ge-

macht wird, was Geld bringt – ausgegrenzt wird, was Geld gefährdet. Hinzu kommen unflexible und auf Geschäftsstellen zentralisierte Arbeitsabläufe, Vereinsmeierei und Imagepflege.

C. Politischer Widerstand oder Lobbyarbeit im System?

Welche Ziele und politischen Ideen bei der Gründung im Mittelpunkt standen, ist heute nicht mehr leicht nachzuvollziehen. Die Grüne Liga war ein bunter Haufen von Basisgruppen, Menschen mit gesellschaftspolitischen Ideen, Fachleuten und solchen, die Umweltschutz vor allem als Lobbyarbeit sahen und versuchen wollten, sich im System zu etablieren und dann Korrekturen der Umweltpolitik durchzusetzen. Mitte der 90er Jahre haben sich zumindest auf Bundesebene die letzteren klar durchgesetzt. Kritik kommt teilweise von der Basis – wenn auch immer seltener. Trotz der Orientierung auf Lobbyarbeit und der allmählichen Aufwertung der Zentrale ist die Grüne Liga auch heute noch ein vielfältiger Verband, dessen Spektrum bis zur Unterstützung von direkten Widerstandsaktionen reicht, z.B. Ende der 90er Jahre der Hüttendorfer gegen die Thüringer-Wald-Autobahn oder A17.²⁵ Auf der anderen Seite etablierte sich der Kooperationsweg, der Schmusekurs mit dem Staat. Die Grüne Liga trägt die Agenda-21-Arbeit in den neuen Bundesländern wesentlich mit, viele Regionalverbände sind Initiatoren dieser Arbeit, in dem Bündnisse mit allen Seiten geschlossen werden, vor allem mit Wirtschaft und Staat. Das geschah auch zur Expo 2000²⁶ sowie beim ersten Sponsoring des Verbandes, 2001 mit der Natur-Energie AG vereinbart. Die Grüne Liga bewarb diese Ökostromfirma als Partner, obwohl sie direkt mit der Atomindustrie verbunden ist und die Grüne Liga das auch wußte.

Als Bundesumweltminister Trittin Anfang 2001 zu einem Gespräch über den bevorstehenden Castortransport einlud, verweigerten die meisten Umweltverbände, BIs usw. diese offensichtliche Show-Veranstaltung. DNR, Grüne Liga und NABU gingen hin.²⁷

Im Original: Die Woche, 13.12.1996 (S. 35)

Die Grüne Liga bezeichnet sich als radikal, bürgernah und subversiv, ist aber fast vollständig vom Staat abhängig (über ABM-Stellen, Bundesstiftung Umwelt, Bundesumweltministerium).

3.4.3 Landesweite Zusammenschlüsse

In einigen Bundesländern gibt es netzwerkartige Zusammenschlüsse außerhalb der etablierten Verbände. Viele sind sehr klein, einige selbst etabliert und neben den klassischen Verbänden in Einzelthemen einflußreich (siehe Kap. 3.3.4). Die einzigen auch überregional handlungsfähigen überregionalen Netzwerk mit formalen Strukturen sind der 1975 gegründete Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in Niedersachsen und der recht neue Initiativen-Verband Naturschutz-Forum (NaFor). Während letzterer vor allem auf die gemeinsame Lobbyarbeit ausgerichtet ist, ähnelt der LBU im Aufbau stark dem BBU, d.h. der LBU agiert selbst, aber die Mitgliedsgruppen behalten ihre volle Eigenständigkeit und ihren Namen. Der LBU hat ein wesentlich moderneres Management als der BBU und sich intensiver dem Staat angebedert. Er wird mit erheblichen Mitteln vom Land Niedersachsen gefördert, fast die gesamte Geschäftsführung ist davon abhängig. Der LBU ist stark in staatlichen Gremien vertreten, fördert die Agenda-21-Arbeit in Niedersachsen (obwohl die Agenda gegenteilige Forderungen enthält wie der LBU) und verhielt sich sogar abwehrend gegenüber unabhängigen Aktionen und Initiativen.²⁸ Als Gründe wurden dabei die Arbeitsüberlastung durch die Gremienmitarbeit, aber auch die

Angst vor finanziellen Problemen benannt. Deutlich zeigte sich, daß Zusammenhänge zwischen Staatsnähe und Handlungsfähigkeit bestehen.

Im Zentrum des LBU stehen nicht mehr die Ehrenamtlichen, sondern die gut ausgebaute Geschäftsstelle, die auch für die Staatsorientierung verantwortlich ist. Von dort und von einzelnen Ehrenamtlichen werden zudem ehemals unstrittige politische Forderungen in Frage gestellt, z.B. die des sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie.²⁹ Insgesamt ist der LBU ein typisches Beispiel, wie Staatsknete und Gremienmitarbeit einen ehemals basisorientierten und unabhängigen Verband zu einem sanften Gebilde ohne politische Ausstrahlung machen. Die Zahl der Mitgliedsgruppen im LBU liegt etwas über 100 mit ca. 10.000 Mitgliedern. In der edel ausgestatteten Geschäftsstelle in Hannover arbeiten drei bis fünf Hauptamtliche. Ein Schwerpunkt, besetzt mit einem Hauptamtlichen, ist die Mitwirkung bei staatlichen Planungen. Der LBU ist nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt und selbst wiederum Mitglied im bundesweiten NaFor.³⁰

Kleinere, mitgliederschwache Zusammenschlüsse gibt es in einigen weiteren Bundesländern, z.B. den Landesumweltverband Schleswig-Holstein (LUSH). Einige weitere Landesverbände der Bürgerinitiativen bestanden bis Anfang der 90er Jahre und lösten sich dann auf.

3.4.4 Vernetzung im Anti-Atom-Bereich³¹

Der Anti-Atom-Bereich war immer der öffentlich prägenden Teile der Umweltbewegung. War im Anti-Atom-Widerstand nichts los, war oft auch Flaute in der gesamten Umweltschutzdebatte. Zwar gibt es in den klassischen Umweltverbänden mehr Basisgruppen sowie viele unorganisierte Natur- und Vogelschutzgruppen, doch wird dort fast nur an Themen wie Arten- und Biotopschutz gewerkelt. Konfrontationen mit den lokalen PolitikerInnen unterbleiben, die Pressearbeit ist unprofessionell oder gar nicht vorhanden. Letzteres trifft zwar auch auf viele Anti-Atom-Gruppen zu, doch sind ihre Aktionen oft so spektakulär, daß sie auch ohne besondere Zuarbeit zur Presse erwähnt werden.

Die Anti-Atom-Bewegung hat drei Hochphasen gehabt: Zum einen die, die sie erstmals groß werden ließ mit den Auseinandersetzungen um Atomkraftwerke in den 70er und Anfang der 80er Jahre und der „Schlacht um Wackersdorf“ 1986, als in anderen Regionen der Protest schon erheblich zurückgegangen war. Dann folgten die Angsthysterie und der kurze Höhenflug vor allem bürgerlich orientierter Protest- und Energiewendegruppen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl sowie als dritter Höhepunkt seit Mitte der 90er Jahre bis heute die Aktionen rund um die Castor-Transporte. Nur in wenigen Regionen mit Atomanlagen ist Anti-Atom-Widerstand eine Dauerarbeit, aber selbst rund um Gorleben sind die verschiedenen Aktivitätsphasen erkennbar.

Die Anti-Atom-Bewegung der 70er und Anfang 80er Jahre war bunt. Die heute großen Umweltverbände existierten noch nicht oder waren unbedeutend. Zu Beginn gab es viele verschiedene örtliche Bürgerinitiativen und einige Verbände, die das organisatorische Rückgrat bildeten. Darunter fanden sich mit dem Weltbund zum Schutze des Lebens und der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) zwei rechtsextreme Organisationen (siehe Kap. 3.7). Wenn Umweltschutz öffentlich diskutiert wurde, war es auch immer ein Thema der Rechten.³²

Als bundesweiter Zusammenschluß wurde 1972 der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz gebildet. Er sollte die Vernetzung gewährleisten und eine politische Speer-

spitze bilden. Der BBU wurde schnell ein großer und bekannter Verband, kein anderer Verband hat später noch die Bedeutung in der Umweltbewegung erreicht, wie sie der BBU damals hatte. Doch es zeigte sich schnell: Feste Strukturen fördern immer machtorientierte Personenkreise und Denkmuster. So saßen in den zentralen Gremien des BBU von Beginn an vor allem solche Personen, die politische Lobbyarbeit als zentrales Anliegen verstanden oder sich selbst produzieren wollten. Die Basis sah dagegen ihre lokale Arbeit als Entscheidendes und kümmerte sich immer weniger um Strukturen und Mechanismen des Dachverbandes. Dessen MacherInnen hatten so oft freie Hand und formten aus dem BBU immer mehr einen abgehobenen Verband. Darauf reagierten einige Basisgruppen mit Kritik und dem Aufbau eigener Vernetzungsstrukturen. Regelmäßige Anti-Atom-Konferenzen wurden eingeführt. Sie waren nicht als Gegenmodell zum BBU gedacht, der BBU führte die Spaltung aber selbst herbei, in dem er zum Boykott der ersten Konferenz aufrief. Große Teile der Anti-Atombewegung befanden sich seitdem bewußt außerhalb jeglicher Verbandsstrukturen. Basisdemokratie wurde zum wichtigen Grundwert, behinderte die Bewegung aber auch dabei, überregional wirksam zu agieren. Kreative Lösungen, die von unten getragen werden und trotzdem wirksam sind, wurden nicht entwickelt, Initiativen dazu meist zurückgewiesen. Presse- und Lobbyarbeit oder Druck auf die Bundes- oder Landespolitik war kaum möglich. Mehrfach wurden Vorschläge z.B. für selbstorganisierte Pressearbeit abgelehnt zugunsten langweiliger Gesamterklärungen aus mühsamer, letztlich aber doch wieder intransparenten Koordinierungsgruppen.³³

Die Auseinandersetzung fand an den konkreten Objekten statt. Das letzte der ersten Phase war Wackersdorf. Hier tauchte erstmals der BUND auf. Ihm brachte die Beteiligung an den Protesten eine erhebliche Politisierung. Etliche FunktionsträgerInnen, die in CSU und BUND waren und dessen konservative Grundposition prägten, traten aus einer der beiden Organisationen aus. Seitdem ist der Bund Naturschutz in Bayern zum Teil politische Widerstandsbewegung, was ihm in den meisten anderen Bundesländern fehlt.³⁴

Der Reaktorunfall von Tschernobyl führte vor allem zur Gründung bürgerlicher Anti-Atom-Gruppen, z.B. den Energiewendekomitees, kirchlichen oder sonstigen Gruppen. Sie arbeiteten themenorientiert, zielten auf Verhaltensänderungen der Einzelnen und sahen die Politik als Adressat ihrer Forderungen und Vorschläge.³⁵ Zum Spektrum der unabhängigen Anti-Atom-Gruppen und BIs gab es nur wenig Kontakte, z.B. bei gemeinsamen Kampagnen wie dem Siemensboykott und bei Aktionen im Wendland. Letzteres erwies sich als wichtigster Kristallisationspunkt des Anti-Atom-Widerstandes, in dem alle Bevölkerungsschichten und Teile der Umweltbewegung vereint arbeiten.

Anfang der 90er Jahre entwickelte sich mit den Castortransporten ein neuer Höhepunkt, als viele der alten BIs schon verschwunden schienen. Unabhängige Gruppen und neue Zusammenhänge prägten das Bild, doch an den Hauptpunkten im Wendland, seit 1997 auch in Ahaus sowie z.T. an den AKW-Standorten, an denen Castoren verladen wurden (Neckarwestheim, Phillipsburg, Stade usw.), waren viele der „alten KämpferInnen“ dabei³⁶. Schon Jahre vor den Auseinandersetzungen fuhren die Atommülltransporte durchs Land. Über 300 wurde z.B. ins Brennelementezwischenlager Ahaus gebracht, viel mehr in die Aufbereitungsanlagen im Ausland. Elektrisierend aber wirkte der erste Castor, der nach Gorleben sollte. Die ersten Ankündigungen mobilisierten bereits Hunderte, dann Tausende von AtomgegnerInnen. Mehrfach wurde der erste Transport verschoben. Als er dann ins Zwischenlager Gorleben geprügelt wurde, stemmten sich ihm mehrere Tausend entgegen. Beim dritten Transport waren es über zehntausend. Damit einher ging eine

Neubelebung der Atombewegung bundesweit. Das Wendland blieb zwar ein Symbol, aber seit 1997 wurden über die Kampagne „NiX mehr!“, Einzelaktionen und später wiedererstarbte regionale Bündnisse sehr viele Castor-Transporte gestört. Die angekündigte Verlagerung der Transporte nach Ahaus nützte auch nicht mehr: Die Anti-AKW-Szene war wieder bundesweit da und agierte auch unabhängig von symbolischen Orten.

Einen weiteren Aktivitätsschub und vergrößerte öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr die Anti-Atom-Bewegung durch die rotgrüne Regierungsübernahme 1998 und die daran anschließende Debatte um den Atomausstieg. Hinzu kam der Skandal um radioaktive Verunreinigungen an den Castorbehältern, eine mehrjährige Pause der Castortransporte erzwangen. Auf einer Sonderkonferenz im Sommer 1998 in Marburg sollten Strategien zu beiden Themen erarbeitet werden. Es herrschte Einigkeit, auf die neue Regierung keine Hoffnung zu setzen und unabhängig vom Wahlausgang eigene Aktionsfähigkeit zu zeigen. Dennoch vermittelte diese Konferenz wachsende Unsicherheit, die sich über die Folgekonferenzen hinaus ausdehnte. Penetrant scheiterte der Versuch, sowohl die attackierten Symbole wie auch die politische Aussage vom Castor weg auszudehnen. Alle Vorschläge von der geplanten Urankampagne über die neuen Zwischenlager an AKWs bis zur Verknüpfung mit anderen Bewegungen, z.B. dem Widerstand gegen die Expo 2000 oder den aufkommenden internationalen Protesten (Globalisierung) blieben Appelle und ohne große Wirkung. Stärker als je zuvor stellte sich die Anti-Atom-Bewegung in ihrer Breite als Anti-Castor-Bewegung dar. Erst als die ersten Castoren wieder fuhren, kam es zu Massenmobilisierungen – allerdings mit den klassischen Aktionsformen und verkürzten Inhalten (Kritik am Castor, seltener schon an der Atomenergie insgesamt, fast nie an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Atomkraft ermöglichen). Auf allen Konferenzen wurde dieses Problem auch thematisiert, aber es blieb immer eine Debatte unter wenigen.³⁷

Die Anti-Atom-Bewegung schaffte es nicht, ihr Thema und ihre politisch nach außen getragenen Positionen zu verbreitern. Anti-Castor-Aktionen sind Einzel-Events, eine kontinuierliche politische Einmischung geht von Anti-Atom-Gruppen nicht aus. Ebenso schlugen alle Versuche fehl, überregional selbstorganisierte handlungsfähige Zusammenhänge zu schaffen – so war die öffentliche Vermittlung meist Sache der FunktionärInnen in den Umweltverbänden, die allerdings deutlich zurückhaltendere Forderungen aufstellten. Positiv muß festgehalten werden, daß die Anti-Atom-Bewegung bis heute unabhängig geblieben ist. Beides unterscheidet sie von der seit dem Widerstand 1999 in Seattle zum WTO-Gipfel dominierenden Protestbewegung, dem Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung (oft verkürzt und falsch „Antiglobalisierung“ genannt). Von dort gingen zwar anfangs auch grundlegende Kritiken an gesellschaftlichen Verhältnissen aus („smash capitalism“) – allerdings verloren große Teile dieser Bewegung sehr schnell ihre Unabhängigkeit bzw. ließen sich in die neue Organisation Attac drängen, die zwecks Kanalisierung des Protestes von seiten des Staates und der regierungsnahen Medien massiv unterstützt wurde.³⁸ Die Globalisierungsproteste übertrafen die Anti-Castor-Aktionen an Medieninteresse – ein Faktor, der politisch zwar zweitrangig ist, angesichts der Schwäche aller Bewegungen, sich selbst zu vermitteln, Positionen und Visionen zu benennen und nach außen zu wirken, doch Mobilisierungen außerhalb dieses Thema erschwerte.³⁹ Im Laufe des Jahres 2001 nahmen Anzahl und Aktionsfähigkeit der Anti-Castor-Proteste u.a. aus diesem Grund ab.

Insgesamt ist das Ergebnis der letzten Jahren ein Paradox: Die rotgrüne Regierung befriedete den Anti-Atom-Protest nicht durch eine atomfeindliche Politik, sondern überlastete durch den massiven Pro-Atom-Kurs, viele Castortransporte und die Genehmigung etlicher

neuer Atomanlagen (Zwischenlager, Ausbau Urananreicherung) viele Anti-Atom-Gruppen. Eine Ausdehnung von Protesten auf die Zentralen der Atomfirmen, die Urangewinnung und -verarbeitung, die atomkraftbewerbende Expo 2000 oder das jährliche Atomforum gelang infolgedessen trotz immer wieder geäußerten Willens kaum.

Wer ist die Anti-Atom-Bewegung?

In verschiedenen Veröffentlichungen zu den Castorprotesten Mitte der 90er Jahre war von einer Wiederbelebung der Anti-Atom-Szene die Rede. Diese Annahme traf es nicht genau. Zwar waren einige der „Alten“ wieder beteiligt. Die Zugwirkung der heutigen Anti-AKW-Bewegung ging aber von verschiedenen Strömungen aus, die in den 70er und 80er Jahren mit Ausnahme der wendländischen Gruppen nicht im Vordergrund standen. Die heutige Bewegung ist größtenteils eine neue, u.a. mit folgenden, nicht tatsächlich trennbaren Teilen:

- Gewaltfreie Aktionsgruppen: Ihr Zusammenhalt liegt im gemeinsamen Glauben, daß die Aktionsmethode (und nicht der Inhalt) die entscheidende Frage darstellt. Zum dritten Castor-Transport ins Wendland organisierte ein Teil der gewaltfreien Gruppen erstmals die Aktion „X-tausendmal quer“,⁴⁰ die sich deutlich von anderen Teilen der Anti-AKW-Bewegung abgrenzte und mit eigener Aktion und eigenem Camp eine Spaltung vollzog, die zwar mit der Aktionsform begründet war, aber darüber hinaus ging. Zunächst blieb das auch Strategie: „X-tausendmal quer“ machte eine eigenständige Bündnispolitik, beteiligte sich nicht an den gemeinsamen Entscheidungsprozessen (Frühjahrs-/Herbstkonferenz, Delegiertentreffen usw.) und schuf eine eigene Strategie der Öffentlichkeitsarbeit. Die Sitzblockade fand trotz deutlicher Ablehnung aus den meisten anderen Anti-Atom-Zusammenhängen am optimalen Standort statt (Verladekran in Dannenberg, also dem ersten Aktionspunkt auf der Straßenstrecke direkt hinter dem Bahnhof) und wurde deshalb zum größten Teil der Proteste. Die öffentliche Wirkung der Blockade bzw. der aufwendigen Räumung hat der Anti-Atom-Bewegung insgesamt erhebliche Aufmerksamkeit gebracht. Der Abtrennung hätte es dazu aber ebensowenig bedurft wie der unsolidarischen „Besetzung“ der Bereiche am Verladekran, so daß andere Gruppen den Verladevorgang nicht mehr stören konnten. Verschiedene Aktionsformen hätten sich im Rahmen des Streckenkonzeptes⁴¹ zwischen allen beteiligten Gruppen absprechen und räumlich-zeitlich aufeinander abstimmen lassen. Durch ihr Verhalten zog sich „X-tausendmal quer“, organisiert vor allem aus der Kurve Wustrow im Wendland, der Umweltwerkstatt in Verden und der Graswurzelrevolution-Zentrale in Oldenburg, die Kritik anderer Gruppen der Anti-Atom-Bewegung zu. Militanz akzeptierenden Gruppen und auch der eher bürgerlichen BI Lüchow-Dannenberg sollte der Einfluß genommen.⁴² Ziel war die eigenständige Handlungsfähigkeit, „X1000malquer“ war entgegen der gestreuten Propaganda zentral organisiert – vor allem die Vermittlung nach außen, entscheidender Teil solcher Aktionen, wurde in intransparenten FunktionärInnen-Gruppen organisiert.⁴³

Im Original: Auszüge aus Veröffentlichungen von „X-tausendmal quer“

Irgendwann gibt die Polizei auf ... Mit Gewalt können sie umgehen, an Gewaltfreiheit scheitern sie aber auf Dauer ... Die Kraft entschlossenen gewaltfreien Handelns ist, wie das Wendland gezeigt hat, stärker als alle staatliche Gewalt zur Durchsetzung des Castors. (Flugblatt mit Aufruf zur Blockade)
Sternstunde gewaltfreier Aktion und sozialer Verteidigung. ... vor allem die praktische und politische Effizienz gewaltfreier Aktion erlebte einen Durchbruch ohnegleichen. ... Abgesehen davon, daß die sechs Castor-Behälter ... in Gorleben angekommen sind (und das ist wirklich nur noch ein Nebenaspekt) ... Die Praxis der Bewegung wird zur Lehrstunde der sozialen Verteidigung innerhalb einer Gemeinschaft. ... Ein

riesiger erster Erfolg ... ein Riesenerfolg. Überall wurde zum Teil unterhöhlt und es brannten etliche Feuer auf den Gleisen. Wirklich effektiv waren aber drei Aktionen gewaltfreier Gruppen ... Die Disziplin ... der Menschen auf der Straße war unfaßbar. ... innerhalb weniger Tage oder gar Stunden persönliche Lern- und Reifeprozesse ungeahnten Ausmaßes stattgefunden haben ... Die kollektive weitgehend positive Erfahrung X-tausender mit dem organisierten gewaltfreien Widerstand wird auf Jahre hinaus die Protestbewegungen in der Bundesrepublik günstig beeinflussen. (Bericht über die Aktion Anfang März 1997 in der Graswurzelrevolution, die kritische Positionen leider zensierte).

Zu Beginn beschränkte sich „X-tausendmal quer“ auf die wenigen großen Mobilisierungen ins Wendland oder nach Ahaus. Der Castorstopp Ende der 90er Jahre nahm diesen Kristallisationspunkt, doch eine Ausweitung der Proteste auf Atomstandorte oder -firmen erfolgte nicht. Ob und wieweit die BlockadeteilnehmerInnen politisiert wurden und z.B. vor Ort weiterarbeiteten, blieb unklar.

Nach der ersten Aktion und dem nachfolgenden Streit änderte sich vieles.⁴⁴ Eine erste Entschärfung gab es im Herbst 1997, als das Flugblatt zur gewaltfreien Aktion erheblich umgeschrieben wurde, die Ausgrenzungen andersdenkender AtomgegnerInnen gestrichen wurden, auf andere Aktionen hingewiesen und der Gesamtzusammenhang vorgestellt wurde. Bei „X-tausendmal quer“ begannen sich die kooperative Orientierungen durchzusetzen. Die Jahre danach stärkten vor allem die Idee des „Streckenkonzeptes“, d.h. der Aufteilung verschiedener Aktionsformen entlang von Schiene und Straße. In der Vorbereitungszeit trafen die verschiedenen Strömungen auf Konferenzen (so es sie gab) und anderen Treffen gemeinsame Absprachen. „X-tausendmal quer“ erweiterte auch seine Aktionsformen. Galten anfangs noch Trillerpfeifen oder Sachbeschädigung als verwerflich, so verfügt der Zusammenhang heute sogar über Methoden, organisiert Polizeiketten zu umgehen oder zu durchbrechen und ist damit strategisch weiter als viele militante Gruppen.⁴⁵ Ab 2000 zogen sich die ehemaligen Führungspersonen aus „X-tausendmal quer“ zurück, eine eindeutige Zentrale wie lange Zeit die Umweltwerkstatt Verden gibt es nicht mehr.⁴⁶

- Unabhängige Aktionsgruppen:⁴⁷ Das Feld nicht an Verbände gebundener lokaler Aktionsgruppen ist sehr vielfältig. Sie stellen meist den Hauptteil der Anti-AKW-Bewegung. Vernetzt sind sie über die Frühjahr-/Herbstkonferenzen mit meist mehreren hundert TeilnehmerInnen sowie teilweise regionale Delegiertentreffen. Von diesen Gruppen gehen die meisten der direkten Aktionen gegen Castor-Transporte und Atomkraftwerke aus. Entscheidende Schwäche der unabhängigen Anti-AKW-Bewegung sind ihre fehlende allgemeinpolitische Ausrichtung und ihr Unwillen zu einer überregionalen Aktionsfähigkeit, die viele ablehnen, weil solche überregionalen Aktivitäten die Basisdemokratie gefährden würden und z.B. die Medien aus so Handelnden oft „Sprecher der Anti-Atom-Bewegung“ machen. Doch weiterer Grund ist der Kontrollanspruch informeller Führungszirkel, die auch in der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung bestehen, oft aber schwer erkennbar sind. So ist die unabhängige Bewegung untätig, wenn die Anhörungen zum neuen Atomgesetz laufen oder Atomkonzerne ihre Hauptversammlungen abhalten. Es gibt aber Ausnahmen für überregionale Projekte und Vernetzungen, z.B. die einzig verbliebende, bundesweite Vernetzungszeitung, die „anti atom aktuell“.⁴⁸

Die Stärke der unabhängigen Aktionsgruppen war immer die direkte Aktion. Aus ihrem Spektrum kamen die meisten der Blockaden, Ankettungen usw. Seit Ende 2000 mischen sich AkteurInnen aus dem Spektrum von Direct Action und kreativem Widerstand vermehrt auch in die Anti-Atom-Debatten ein und fordern sowohl bessere Vorbereitung auf direkte Aktionen als auch eine Aufweitung der Aktionspunkte und politischen The-

men. Vernetzender Zusammenhang ist vor allem das „Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand“. Aus dem Spektrum dort vernetzter Basisgruppen wurden die Proteste im Frühjahr 2001 gegen das Atomforum in Dresden und den Grünen-Parteitag in Stuttgart organisiert sowie weitere Vorschläge für die Zukunft eingebracht, z.B. hierarchiefreie Organisationsformen der Konferenzen, selbstorganisierte Presseplattformen bei den Protesten usw.⁴⁹

Im Original: Aufruf zur Gründung eines Direct-Action-Netzwerkes (Oktober 2000)⁵⁰

Wirklichkeit: 15.10., ca. 16 Uhr, am AKW Philippsburg

Wie eine Schafherde latschen die DemonstrantInnen zunächst in den NATO-Draht-Kessel. In zwei getrennten Plena (X1000malquer und sog. „unabhängige Strukturen“) wird über das weitere Vorgehen diskutiert. Der Weg zurück ist noch offen. Dominanzstrukturen in beiden Plena. Die jeweiligen Obergurus wissen immer alles. Neue Vorschläge sind ohnehin zögerlich und werden mit Pseudo-Erfahrung und Wichtig-wichtig-Getue abgewürgt (z.B. im „Unabhängigen“-Plenum immer wieder: „Da steht auch eine Hundertschaft, die siehst Du nur nicht, aber ich weiß, wie ich gucken muß“ usw. ... später stellt sich heraus, daß es diese Hundertschaften an den Orten gar nicht gab). Nach über zwei Stunden spektakulär langatmiger und ideenloser Plena beschließen die „Unabhängigen“, aus dem Kessel herauszugehen und dann zu versuchen, irgendwo einen Platz für Camp und Schienenbesetzung zu finden. Eigentlich war das ja schon der Sinn der ganzen Demo, aber Plena sind inzwischen Selbstzweck in einem Verein orientierungsloser PolitaktivistInnen, die nicht mehr wissen, was sie wollen. Das X1000malquer-Plenum ist noch schlimmer: Die debattieren sogar, ob sie im NATO-Draht-Kessel bleiben. Dabei hatte X1000malquer sogar angekündigt, an diesem Tag ein Schienenstück besetzen und ein Camp aufbauen zu wollen. Einige schlagen nun ernsthaft vor, das könnte doch im Kessel geschehen. Die „Unabhängigen“ ziehen los, die ganzen Orientierungslosen gehen mit, das X1000malquer-Plenum (ca. 20 FunktionärInnen) bleibt allein zurück und beschließt in Panik, doch mitzugehen. Die Demo verläßt den Drahtkessel und bewegt sich unentschlossen die Schienen entlang.

Und dann wird's spannend: Wo die Demoroute von den Schienen abzweigt, stehen ca. 30 Bullen und sollen das Weiterlaufen auf den Schienen verhindern. Ohne Schilder. Und die Hundertschaften-Halluzinationen der Anti-Atom-ObercheckerInnen sind auch nicht da. Vorne diskutieren einige Leute in der Demo: „Da kommen wir durch. Los, Ihr rechts, wir links. Wir ziehen sie auseinander und dann durch.“ Wenige Minuten später prallen wir auf die Bullenkette: Rechts ca. 10 Leute, links eine Person. Der Rest bleibt stehen und gafft. Die Orientierungslosen, die erfahrenen Anti-Atomis der „Unabhängigen“ und X1000malquer sowieso und ganz hinten. Die Wichtigeleute von X1000malquer verlassen sogar diese Situation und gehen genau jetzt in Richtung ihres warmen Büros in den Ort, lassen „ihre“ Leute allein. Es wird wieder diskutiert, Versuch 2. Dasselbe passiert. Massive Aufforderungen an den Demozug: Es gab den Beschluß, ein Stück Schiene und Wiese zu erobern, wenn es ginge. Es ist klar, daß es ginge: 500 DemonstrantInnen gegen 30 schlecht ausgerüstete Bullen, die auf ca. 50 Meter Breite den Durchgang absichern müßten. Eine dritte Gruppe aus wenigen Personen kann gewonnen werden, ganz nach links zu gehen. Die Bullenkette wird auseinandergerissen, Lücken bis zu 5 Metern zwischen den einzelnen Bullen. Ich kann einfach durchgehen, stehe allein auf der anderen Seite und rufe, der Demozug solle weitergehen. Nichts passiert. Ich gehe wieder zurück – niemand kann mich verhaften (trotz Androhung), weil die Bullen zu wenig dazusind. Wieder Diskussionen in der Demo, flehende Versuche, die DemonstrantInnen zum Weitergehen zu bekommen. Auch für X1000malquer wäre das möglich: Gewaltanwendung ist überflüssig geworden, die Bullenkette ist längst nicht mehr handlungsfähig. Der vierte Versuch, wieder gehen noch ganz wenige (ca. 5) mit. Diesmal Prügelei mit einigen Bullen, ich werde verletzt und steige aus der Aktion aus. Verändern tut sich nichts mehr. Die Bullen haben gewonnen. Es gibt kein Camp und keine Aktion auf den Schienen, nur Hilflosigkeit, Desorganisation und die Ersatzbefriedigung Dauerplenum.

Vision: 15.10., ca. 16 Uhr, am AKW Philippsburg

Die Demo latscht zum AKW. Alles sieht langweilig aus, aber der Weg ist wichtig. Ca. ein Viertel der DemoteilnehmerInnen kommt aus Gruppen, die im Direct-Action-Netzwerk zusammenarbeiten. Sie trainieren solche Situationen: Bullenkettens und -kessel durchbrechen, Blockaden, Festketten und Klettern, Wasserwerfer lahmlegen usw. Zwar haben die meisten Gruppen so ihre Vorlieben, aber im Netzwerk wissen das alle voneinander. So ist vorher gecheckt worden, wer alles kommen will und wer was mitbringt. Auf dem Weg zum AKW werden die Verhältnisse ausgekundschaftet. Die Bullenkette mit den 30 Leuten ist allen

aufgefallen. „Die stoppen uns nicht“, geht es durch die Köpfe. Die Plena gehen entsprechend schnell. Das Ziel, Schienen und eine Campfläche zu besetzen, war ja ohnehin das Ziel des Tages. Verschiedene Leute aus den Direct-Action-Gruppen machen Vorschläge. Nach 30 min setzt sich der Demozug in Bewegung. Vorne gehen 7 Direct-Action-Gruppen, die das Durchbrechen von Bullenkettens trainiert haben. Sie reden auf dem Weg mit anderen DemoteilnehmerInnen. Etliche schließen sich jeweils einer Gruppe an. Andere überlegen sich weitere Unterstützungsmaßnahmen, wollen fotografieren oder die Sanis informieren, was abgehen wird. Kurz vor dem Aufprall auf die Bullenkette: Die 7 Gruppen driften nach links und rechts auseinander, die Demo teilt sich vielfach. Die 30 Bullen müssen die gesamte Breite von 50 Metern Durchgangsmöglichkeit abdecken – und haben keine Chance. In den sieben Zügen sind die Menschen eingeklinkt, die wenigen Bullen können niemanden rausziehen. Auch X1000malquer verläßt sich diesmal nicht auf den Eid auf Gewaltverzicht und Strukturen, sondern hat sich vorbereitet und geht im eigenen Stil durch den Bereich der Ex-Bullenkette – Gewalt gegen Personen ist gar nicht nötig. Wenige Minuten später sind die ersten Gruppen hinter der Ex-Bullenkette wieder auf den Schienen und die Demo zieht weiter – jetzt wieder als Block. Die Stimmung steigt. Von Ferne rauschen Bullenwannen heran, auf den nächsten kreuzenden Feldweg zu. Zwei Wasserwerfer tauchen in der Ferne auf. Zwei Gruppen aus dem Direct-Action-Netzwerk, trainiert im Umgang mit Wasserwerfern, lösen sich aus dem Demozug und begeben sich an den Straßenrand. Die Wasserwerfer dort fahren vorbei. Auf ihren Frontscheiben zerschellen Farbeier mit einer speziellen Flüssigkeit, die an Glas unabwischbar haftet. Die FahrerInnen sehen nichts mehr. Die Wasserwerfer stoppen. Der Demozug läuft weiter. Vor ihm baut sich eine massive Bullenkette auf. Da stoppt der Demozug. Vier weitere Gruppen aus dem Direct-Action-Netzwerk, die bisher noch nicht in Erscheinung getreten sind, ketten sich an den Schienen fest, geben anderen Tipps, wie sich blockieren können.

Eine weitere Gruppe baut auf der Wiese daneben zwei Dreigebeine auf – oben sitzen jeweils eine oder zwei Personen, ziemlich räumungssicher. Schienenblockade und Campplatz sind erobert.

- Standortinitiativen und weitere BIs: Oftmals schon sehr alt sind Bürgerinitiativen an den Standorten von Atomanlagen. Die bekannteste ist die BI Lüchow-Dannenberg, die wegen ihrer Größe, Bedeutung und finanziellen Möglichkeiten wie ein bundesweiter Verband agieren kann. Was in der BI geschieht, hat meist Bedeutung für die ganze Anti-Atom-Bewegung. Die BI hat sich bemüht, verschiedene Strömungen zu integrieren und auch bei vielen Entscheidungsvorgängen dabeizusein. Die interne, relativ offene Struktur ermöglichte vielen die Mitarbeit. Dieses Konzept war in den Anfängen von „X-tausendmal quer“ erheblich gefährdet worden, viele BI-AktivistInnen agierten in offenem Streit mit dem Umfeld der „X-tausendmal quer“-OrganisatorInnen. Dieser Streit ist beigelegt⁵¹ Eine Ausnahme von der insgesamt immer wieder auf breite Bündnisse zielenden Strategie ist Wolfgang Ehmke. Der „Pressesprecher“ der BI Lüchow-Dannenberg, selbst wohnhaft in Hamburg, spielt sich ständig als Sprachrohr der Anti-Atom-Bewegung auf. Dabei hat er 1998 selbst noch als Grüner Direktkandidat für den Bundestag agiert, gründete die neue Hamburger Regenbogen-Partei mit und tritt auf Anti-Atom-Konferenzen immer wieder mit direkten Angriffen vor allem gegen radikalpolitische AkteurInnen unabhängiger Gruppen auf. Im Vorfeld des Herbst-Castors 2001 distanzierte er sich öffentlich vom Schienensägen. Im Wendland wrd die Dominanz der BI aber auch skeptisch bis ablehnend gesehen von solchen Gruppen, die stärker auf unabhängige Strukturen und gesamtgesellschaftliche Ziele setzen.

Wieder neu aufgebaut hat sich die auch sehr alte BI in Ahaus. In der Startphase von „X-tausendmal quer“ wurde diese BI für eigene Zwecke benutzt, ohne das die BI-Mitglieder das richtig begriffen.⁵² Die Fälle wurden aber geklärt mit der Folge, daß auch die BI Ahaus ähnlich wie die BI Lüchow-Dannenberg versucht, die verschiedenen Strömungen vor Ort gleichermaßen zu unterstützen und so integrierend und vernetzend zu wirken. Eine bürgerliche Orientierung konnten die AkteurInnen aber nicht überdecken. So kam es immer wieder zu Streit um eine mangelnde Sensibilität gegenüber allgemeinpolitischen Themen.⁵³

Zu den „Alten“ gehören auch einige Institute.⁵⁴ Da mehrere der heute bekannten Institute in der alten Anti-AKW-Zeit entstanden, hatten sie lange vielfältige Kontakte. Allerdings orientierten sie sich aus kommerziellen Gründen nach der rotgrünen Machtübernahme sehr stark an der Regierung und verschwanden sämtlichst (!) aus den aktiven Zusammenhängen.

Aus dem Spektrum der BIs und Standortinitiativen wurde Ende der 90er Jahre das sogenannte NGO-Forum initiiert. Es war ein Versuch, Gewerkschaften, Kirchen und große Verbände für die Anti-Atom-Arbeit zu mobilisieren. Eine große Wirkung ging von diesem Bündnis nicht aus, beteiligt war unter anderem Jochen Stay, der damit einmal mehr zeigte, daß Großstrukturen für ihn immer attraktiv waren.

- Erschreckend unschlüssig oder tatenlos verhielten sich bis Ende der 90er Jahre die großen Umweltverbände. Der BUND war jeweils mit wenigen SpitzenfunktionärInnen im Wendland, machte dort aber vor allem Pressearbeit oder mit großen Schriftzügen Werbung für sich. Anfangs fand er seine Rolle als Vermittler zwischen Polizei und DemonstrantInnen.⁵⁵ Später agierte er in den Studios der Fernsehsender und nutzte die Aufmerksamkeit für sich und seine Positionen, die sich teilweise erheblich von denen der Aktionsgruppen an den Gleisen unterschieden.⁵⁶ Der Naturschutzbund hielt sich ganz zurück und bot Atomministerin Merkel 2 Tage nach dem CASTOR-Transport im März 1997 eine passende Gelegenheit zur Rehabilitation. Vor laufenden Fernsehkameras malten Merkel und NABU-Chef Flasbarth Spechte auf Bäume zum Schutz der Spechthöhlen. Robin Wood war zunächst nur sporadisch und mit viel Eigenwerbung vertreten. Der Gruppe gelang allerdings im März 2001 die bislang spektakulärste Blockade eines Castors.⁵⁷ Greenpeace führte immer wieder eigene Aktionen durch. Kooperationen waren dabei eher selten.⁵⁸

Im Original: Felix Kolb, Leserbrief in der Politischen Ökologie Sept./Okt. 97 (S. 13)

Der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, mit dem Widerstand gegen die Castor-Transporte die Atomproblematik und damit die verfehlte Energiepolitik wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins zu holen. Meine Hoffnung, die genannten Verbänden würden durch eine massive Mobilisierung ihrer Mitglieder zu den Aktionen den „Druck der Straße“ verstärken oder durch Lobby-Arbeit in eine andere Energiepolitik ummünzen, ist bislang enttäuscht worden. Wieso BUND und NABU im Gegensatz zu Greenpeace, das den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung unterstützt, die Chance, die durch die Renaissance der Anti-AKW-Bewegung entstanden ist, verstreichen läßt, ist mir schleierhaft.

- Sonstige Gruppen: Neben den genannten gibt es weitere, recht unterschiedliche Gruppen, die sich beteiligen. Viele steuern wichtige Einzelbeiträge zum Gesamten bei, z.B. trugen unabhängige und etablierte Gruppen lange Jahre zusammen den Siemensboykott, eine der wenigen langfristigen und strategischen Aktionen der Anti-Atom-Bewegung.

Die Gewaltfrage – und was kaum diskutiert wird

Wer sich die Debatten in der gesamten Anti-Atom-Bewegung anschaut, bekommt den Eindruck, daß die Gewaltfrage das alles Entscheidende sei. Bei näherem Hinsehen fanden sich zwar innerhalb der verschiedenen Strömungen auch andere, intensive Debatten (z.B. in der autonomen Anti-Atom-Bewegung eine breite Sexismusdebatte aufgrund einer Vergewaltigung während der Castor-Aktion im März 1997),⁵⁹ nach außen dringt aber vor allem der Streit um die Wahl der Mittel – oder genauer: Gewaltfreiheit oder Militanz. Für „X-tausendmal quer“ und die gewaltfreien Gruppen (Graswurzelrevolution, Kurve

Wustrow usw.) ist diese Frage auch Programm: Gewaltfreiheit ist nicht nur Methode, sondern auch politisches Hauptziel. Für viele ersetzt die bedingungslose Festlegung auf Gewaltfreiheit sogar politische Inhalte, was dann religiöse Tendenzen erreicht. So gibt es gewaltfreie Gruppen, die aussagen, daß sie eher mit Menschen zusammenarbeiten, die nur deshalb gegen den Castor kämpfen, damit er nicht in ihre Heimat kommt, als solchen, die ihnen inhaltlicher näher stehen würden, aber auch Gewalt anwenden würden.⁶⁰ Tatsächlich aber ist die Gewaltdiskussion äußerst unklar und muß deshalb ergebnislos bleiben. Zum einen wurde der Gewaltbegriff nie definiert und je nach Aktionsverlauf auch immer wieder verändert. Inzwischen sind erfolgreiche Sachbeschädigungen (Sabotage oder das Unterhöhlen der Straße) oder sogar das Durchbrechen von Polizeiketten mit Körperkontakt als „gewaltfrei“ eingestuft, während noch Mitte der 90er Jahre gleiche Aktionen abgelehnt wurden oder heute kritisiert werden, wenn sie in der Öffentlichkeit keine Sympathie finden.⁶¹ Zum zweiten wird selten berücksichtigt, daß es in der Auseinandersetzung mit dem Staat nicht um Gewaltfreiheit geht, sondern allein um die Frage eines einseitigen Gewaltverzichts geht. Jede Aktion läuft gewalttätig ab, weil der Staat und die dafür zuständigen Organe diese anwenden (Drohungen, körperliche Gewalt, Freiheitsentzug usw.). Für die Diskussion wäre es vorteilhaft, wenn die Diskussion beschränkt würde auf den Punkt, der einzig interessant wäre: Ist Gewaltfreiheit ein so wichtiges Gut, daß es lohnenswert erscheint, sich darauf selbst verbindlich festzulegen? Ist sie so wichtig, daß damit auf Handlungsmöglichkeiten bewußt verzichtet und dem Staat die Möglichkeit gegeben wird, das eigene Verhalten besser voraussehen zu können, d.h. man wird berechenbarer mit allen Vor- und Nachteilen? In dieser Diskussion würde schnell klar werden, daß die Gewaltfrage nur eine von vielen zu klärenden Positionen der Bewegung ist. Sie verlöre ihre Priorität und stände neben anderen, z.B.:

- Bedeutet die Anti-Atom-Arbeit die Ablehnung von Staat und Markt oder ist sie nur am Detail orientiert? Akzeptiert sie einen „Ausstieg von oben“? Appelliert sie dafür an die Ausführenden der Macht?⁶²
- Welche Perspektiven bestehen für eine andere Energiepolitik, Wirtschaft bzw. für die Gesellschaft insgesamt? Welche Visionen jenseits von Herrschaft und Verwertung werden entwickelt und offensiv eingebracht? Ist nur der Castor oder das AKW Zielscheibe der Kritik oder auch die dahinerstehenden Herrschaftsverhältnisse, das Profitstreben usw., wegen denen AKWs laufen und Castoren durchgeprügelt werden können?
- Wie geht die Anti-Atom-Bewegung mit Fragen um, die wichtig werden, wenn es nicht nur um das Details Atomkraft geht: Unterdrückung und Ausgrenzung von Menschen (Sexismus, Rassismus, Existenz von Erziehung, Nationalstaaten und Grenzen usw.) oder die Umweltzerstörung insgesamt?
- Wieweit entsprechen die eigenen Aktionsformen den eigenen Zielen und wo sind Abweichungen akzeptabel bzw. sind sie es überhaupt? Ist Gewalt zulässig, obwohl eine gewaltfreie Gesellschaft angestrebt wird? Ist der Kungel mit dem Staat zulässig, obwohl dieser abgebaut werden soll? Gibt es einen positiven Bezug auf das geltende Recht, z.B. das Demonstrationsrecht als Rahmen für Aktionen – oder gehört es zur Vermittlung einer Aktion, genau das Recht nicht anzuerkennen?
- Stimmen die internen Strukturen mit dem Anspruch auf Herrschaftsabbau überein?⁶³

Einige der Fragen wurden schon in der Anti-Atom-Bewegung diskutiert, immerhin ein positiver Unterschied zu den meisten anderen Teilen der Umweltbewegung. Allerdings waren es nur kurze Diskussionen ohne große Folgen für die Praxis. In Redetexten, auf Flugblättern usw. finden sich die Positionen kaum wieder.⁶⁴ Im Rahmen weitergehender Diskussio-

nen würde erst sichtbar, wo Grenzen zu ziehen sind und wo neue Bündnisse entstehen könnten.

3.4.5 Netzwerke zu „Umweltschutz von unten“ und Direkter Aktion

Anfang 1998 entstand auf dem Jugendumweltkongreß in Göttingen die Idee einer Vernetzung von Umweltgruppen und -akteurInnen, die Herrschaft und Verwertung generell als Lösung für Umweltschutz und andere gesellschaftliche Fragen ablehnten. Einige der AktivistInnen stammten aus der alten Jugendumweltbewegung – sie hatten sich der allgemeinen Etablierung entzogen und blieben auf der Suche nach neuen, kreativen und emanzipatorischen Ansätzen. Andere kamen z.B. aus ökoanarchistischen oder Anti-Atom-Zusammenhängen. Aus der Vernetzung entstanden verschiedene Projekte wie die Buchreihe „Agenda, Expo, Sponsoring“, die Zeitung „Ö-Punkte“, verschiedene Reader, Positionspapiere und Broschüren sowie die Internetseite <http://go.to/umwelt> und eine Mailingliste. Vor allem die offensive Kritik an der Agenda 21 machte den Zusammenhang bekannt. Die Beteiligten im Netzwerk agierten gleichberechtigt, auch wenn einige Gruppen wie die Projektwerkstätten in Saasen und Bad Oldesloe die Außenwirkung stark prägten. Konkrete Aktionen entstanden zur Messe „Grünes Geld“ sowie zur „Umweltkonferenz 2001“,⁶⁵ beides im Frühjahr 2001 in Berlin, sowie im Rahmen des Expo-Widerstandes. Das Scheitern des Expo-Widerstandes schwächte auch das Netzwerk „Umweltschutz von unten“ stark, konkrete Aktionen wurden seltener, die Zeitschrift „Ö-Punkte“ Ende 2001 eingestellt. Geblieben sind neben Internet und Mailingliste noch die Reader und das gemeinsam mit der BSÖ (siehe unten) durchgeführte Bundes-Ökologie-Treffen.

Im Original: Kurzvorstellung des UVU-Netzwerkes aus dem Jahr 1999 (www.projektwerkstatt.de/uvu/uvu.html)

Emanzipatorischer Umweltschutz statt Agenda, Ökosteuern & Co.

Es gibt viele Gründe, warum Umweltschutz „out“ ist, z.B. Vereinsmeierei, Konkurrenzdenken, kommerzielle Ziele, Bürokratie und Hierarchie. Filz mit Politik und Konzernen steht einer druckvollen Arbeit ebenfalls im Wege. Der wichtigste Punkt aber war und ist: Umweltschutz organisiert sich immer vor oben, d.h. die Menschen werden zur Zielgruppe von Strafandrohung, Bildungsarbeit, Appellen und finanziellen Steuerungen. Niemals sind sie AkteurInnen. Bei der Frage, wie Innenhöfe, Straßen, Stadtteile oder Landschaften gestaltet werden sollen, wenden sich UmweltschützerInnen an den Staat, neuerdings auch immer öfter an die Firmen als zunehmender Machtfaktor. Die Konzepte aus der Öko-Ecke stützen die Machtsysteme, zur Zeit begleiten sie die neoliberale Weltordnung. Das ökonomische Diktat wird nicht in Frage gestellt, sondern begründet: Ökosteuer, Ökoaudit oder Selbstverpflichtung. Die Folgen: Umweltschutz verliert an Akzeptanz in der Bevölkerung, weil die bevormundet wird. Und er ist nicht mehr bündnisfähig mit sozialen Bewegungen, die Selbst- und Mitbestimmung zum Ziel haben.

Emanzipatorischer Umweltschutz will etwas ganz anderes: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein. „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch“ heißt das Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder dem kapitalistischen Instrument Ökosteuer. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekte, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate und vieles mehr.

Dazu gehört aber auch, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren. Zudem bleibt die Chance, für dieses Ziel wieder Bündnisse zu schaffen mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer Welt von unten arbeiten. Konkrete Kristallisationspunkte wie konkrete Modelle oder der Widerstand gegen neoliberalen Wahn (Expo 2000 und andere Symbole) können der Anfang sein.

Viele der AktivistInnen aus dem „Umweltschutz von unten“-Netzwerk waren auch bei den Versuchen beteiligt, eine Vernetzung zu direkten Aktionen und kreativem Widerstand zu begründen. Erster Versuch waren die Anti-Expo-Aktionen. Aus der Anti-Expo-Vernetzung entstand Ende 2000 das „Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand“, in dem wiederum die Idee für ein Direct-Action-Netzwerk geboren wurde. Doch außer einem Gathering Pfingsten 2001 in Bielefeld gelang zu Direct Action zunächst wenig, auch ein zweiter Startversuch ausgehend von Workshops auf Sommercamps 2001 mißlang. Erst 2002 gab es mit den kreativen Anti-NATO-Aktionen in München eine erste Praxis der „Organisierung von unten“ im kreativen Widerstand. Hinzu kamen erste Projektgruppen und Debatten zu Antirepression, Entscheidungsfindung von unten, konkreten Aktionen, Utopien usw.⁶⁶

Im Original: Auszüge aus den Direct-Action-Seiten von www.hoppetosse.net

„Direct Action“ ist eine Form kreativen Widerstandes, die wir als Teil gesellschaftlicher Intervention gegen Herrschaft und Verwertung sowie als Eröffnung von Diskussionen um visionäre, emanzipatorische Gesellschaftsformen verstehen. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handlungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung und versucht aber Erstarungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

„Direkte Aktion“ ist mehr als nur mal hier eine Blockade oder da ein Steinwurf. Sie ist eine Methode, ein Aktionskonzept und eine Idee für eine Politikform, die nicht mehr nur Einzelnes angreift – aber auch mehr will als schwächliche Miniveränderungen innerhalb von umweltzerstörenden und menschenverachtenden Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen. Direkte Aktion will die Köpfe erreichen. Und den Kopf benutzen. Das erste Ziel einer direkten Aktion ist die Schaffung eines „Erregungskorridors“ in der Gesellschaft: Aufmerksamkeit, Irritation, Freude oder Wut sind alles solche Formen. Wie das erreicht werden kann, ist vielfältig: Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, Blockade von Castor-Zügen, Sabotage, Internet-Hacken usw. Wo die Erregung entsteht, ist dann Platz für politische Positionen und Visionen – aber auch deren Vermittlung will durchdacht sein. Ideen für kreative Vermittlungsformen sind nötig. Direkte Aktion ist alles drei: Die kreative, direkte Aktion, der entstehende Erregungskorridor und die politischen Positionen/Visionen. Im Workshop soll über direkte Aktionen geredet und an konkreten Beispielen gezeigt werden, wie Langeweile und Wirkungslosigkeit politischer Arbeit überwunden werden kann.

Neben der überregionalen Vernetzung gab es regionale Versuche der Kooperation im kreativen Widerstand, z.B. ein Direct-Action-Seminar in Dresden im Oktober 2001 und das regelmäßige „Open Forum“ in Marburg ab Februar 2002⁶⁷ und einige Basisgruppen. Einzelne von ihnen bestehen schon lange. Dazu zählt das Hüttendorf gegen die A33 nordwestlich von Bielefeld. Mitte der 90er Jahre gab es weitere Hüttendörfer, Baumbesetzungsaktionen, Genfelddbesetzungen usw. Zu Vernetzungen zwischen ihnen kam es nur einzelweises, ein Zusammenhang wie z.B. in England mit Reclaim-The-Streets, Ecodefense oder Earth First! existiert bisher nicht. Zur Klimakonferenz im Sommer 2001 in Bonn gründete sich in Bonn „Risingtide“ als einzige deutsche Basisgruppe im europäischen Risingtide-Zusammenhang. Ähnlich bestehen weitere europäische oder weltweite ökologisch orientierte Direct-Action-Netzwerke wie Car busters oder EYFA, die jedoch in Deutschland kaum Basiskontakte haben.

Insgesamt zeigt sich auch im Umweltbereich, daß die politischen Zusammenhänge in Deutschland in ihren Aktionsformen sehr eintönig agieren, sehr detailkritisch, aber kaum grundsätzlich argumentieren und in den internen Strukturen starke Hierarchien aufweisen. Das trifft auf Verbände wie auf selbsternannte „antiautoritäre“ Zusammenhänge zu.

3.4.6 Weitere Vernetzungen

Die Anti-Atom-Bewegung ist dominierend, aber sie ist lange nicht alles. Es gibt sogar Bündnisse, die von der Zahl der Gruppen her größer sind, z.B. Umkehr e.V., das Bündnis der Initiativen und Gruppen im Themenbereich Verkehr (Verteiler: 1100 Kontaktadressen). Ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit ist aber geringer, weil kein Thema so PR-trächtig ist wie die Auseinandersetzungen um die Atomkraft. Wenn ein Hüttendorf geräumt wird, das bisher die Bagger zum Autobahnbau aufhielt, interessiert das nur wenige.⁶⁸

Gen-ethisches Netzwerk

Neben der Atomkraft ist seit Anfang der 90er Jahre die Gentechnik das prägende Thema der Umweltdebatte. Vielleicht liegt es daran, daß die Gefahren ähnlich unsichtbar und daher unheimlich sind wie radioaktive Strahlung. Wahrscheinlicher aber ist, daß die massive Gegenwehr (Besetzungen, Genfeldzerstörungen) die Anti-Gentechnik-Bewegung populär machten. Genversuche in Deutschland waren im landwirtschaftlichen Bereich, wo sie sicht- und angreifbar in der Feldmark stattfinden, oft Ort erbitterter Auseinandersetzung. Die Bündnisse, die solche Protestformen trugen, waren von Standort zu Standort verschieden – den Kern bildeten aber wenige AktivistInnen, die überregional agierten. Bundesweit waren einige große Organisationen (BUND, Greenpeace) und andere etablierte Einrichtungen (z.B. Institute) aktiv, die wesentliche Vernetzungsebene aber stellte das Gen-ethische Netzwerk dar. Das GeN war eine Mischung aus einem Netzwerk von Basisgruppen und -akteurInnen, einem Dachverband verschiedener Mitgliedsverbände und einem eigenständigen Verband mit Geschäftsstelle, einheitlicher Außendarstellung, Zeitschrift und FunktionärInnen, die auch für das GeN sprechen konnten. Sitz war Berlin, wo ganz wenige Personen versuchten, Informationen zu sammeln und zu streuen, zwischen den Gruppen Verbindungen herzustellen und Hilfe zu organisieren, bei neuen Aktionen zu mobilisieren usw. Ca. 300 Kontaktadressen sind heute im Verteiler. Medien sind das Internet, spontane Rundbriefe und der Gen-ethische Informationsdienst (GID). In den letzten Jahren hat das GeN verstärkt eigene Lobbyarbeit versucht und seine Projekt an möglichen Zuschußgebern ausgerichtet. Auffällig war der Kongreß „Gagatu“ vom 1.-3.9.2000, bei dem für die gentechnikbefürwortende Agenda 21 geworben wurde, weil das Geld von der Bundesregierung kam.⁶⁹ Das GeN wurde Stück für Stück zu einer NGO zum Thema Gentechnik. Genfeldbesetzungen und -zerstörungen sowie die offensive Mobilisierung dafür sind sehr selten geworden.

Im Original: Auszug aus der Werbung für den Kongreß „Gagatu“

Nachhaltige Landwirtschaft und Gentechnik ... Orientierend an den Vorgaben der Agenda 21 und den Nachhaltigkeitsstudien des Umweltbundesamtes und BUND werden am Freitag im ersten Block »Problemdefinition« die zentralen Probleme der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion formuliert. ... Welche Vorteile sind durch gentechnisch veränderte Lebensmittel oder Lebensmittelvorprodukte zu erwarten?

Umkehr e.V.

Die als Netzwerk organisierten Vereine Umkehr und Fuss e.V. gibt es schon sehr lange. Gestartet ist Umkehr als AK Verkehr des BBU. Einmal pro Jahr findet der Verkehrsinstitutivkongreß⁷⁰ statt, auf dem neue Aktionen besprochen werden bzw. sich die Basisgruppen austauschen. Als Vernetzungsmedium dient der Informationsdienst Verkehr. In der Berliner „Zentrale“ sitzen nur wenige Leute, die die Vernetzung organisieren und Kampagnen planen. Ihr Verteiler, über den Informationen und vor allem der vierteljährliche In-

formationsdienst Verkehr (IDV) verschickt wird, ist größer als 1000 Adressen. Somit ist Umkehr e.V. eine Mischung aus Basisgruppen-Netzwerk und eigenständigem Verband. Für einige Projekte und Kampagnen bestehen enge Kontakte zu anderen unabhängigen Gruppen – z.B. für die Kampagne „Mobil ohne Auto“ zur BSÖ und autofrei leben e.V.

Das bessere Müllkonzept

Das bessere Müllkonzept mit der wenig einprägsamen Abkürzung D.B.M.K. ist ein typisches Beispiel für ein thematisches Netzwerk. In den ersten Jahren der Arbeit an Abfallfragen entstanden immer mehr lokale Gruppen. Sie bauten Vernetzungen auf, aus denen schließlich das bessere Müllkonzept entstand.⁷¹ Seinen Höhepunkt hat dieser Verband aber hinter sich. Der lag in der Durchführung eines landesweiten Volksentscheids in Bayern, bei der die AktivistInnen einen eigenen Vorschlag vorlegten, der trotz massiver Gegenwehr der Mächtigen in Land und Kommunen nur ganz knapp die Mehrheit verfehlte. Immerhin kann sich das bessere Müllkonzept zwei unbestreitbare Erfolge zuguteschreiben: Die CSU konnte die AbfallgegnerInnen nur niederhalten mit einem eigenen Vorschlag, der ebenfalls eine Verbesserung darstellte. Und zum zweiten, viel bedeutender, gab das Referendum um das Müllkonzept der Diskussion um die direkte Demokratie einen gewaltigen Aufschub. Viele engagierte Personen dieser ersten Abstimmung unterstützten mit ihrem Know-How die folgende Volksabstimmung in Bayern. Es ging um die Einführung kommunaler Bürgerentscheide – und diesmal verloren die Mächtigen gegen die BürgerInnen.⁷² Dem besseren Müllkonzept selbst nützte das aber weniger. Nach dem Höhenflug mit Gründung von Landesverbänden und örtlichen Gruppen flaute das Interesse ab. Mitte der 90er Jahre spaltete sich der Bundesverband nach einem Streit, so daß eine flächendeckende Vertretung nicht mehr existierte. Die Aktivitäten von Basisgruppen gingen zurück, die meisten Landesverbände lösten sich auf. Hinzu kam, daß in einigen Ländern strukturelle Verknüpfungen mit den Grünen bestanden, die zum Ende der 90er Jahre nicht mehr fortgeführt wurden. Die Abfall-AktivistInnen hatten nicht die Kraft, eigenständig aktiv zu bleiben.

Bundeskoordination Studentische Ökologiearbeit (BSÖ)

Dieser Verbund existiert seit November 1992 – gegründet nach einigen Bundes-Ökologie-Treffen, die anfangs dem Erfahrungsaustausch universitärer Umweltgruppen dienten und als Idee aus der alten unabhängigen Jugendumweltbewegung stammten. Die formale Struktur der BSÖ ähnelt den etablierten Netzwerkverbänden wie dem BBU, d.h. es gibt einen Vorstand und eine Mitgliederversammlung auf Bundesebene, aber keine Untergliederungen.⁷³ Hierarchien können sich somit nur begrenzt entwickeln. Mitglieder sind Öko-referate in ASTAs der Unis und Fachhochschulen, studentische Gruppen sowie einige weitere Initiativen und Einrichtungen. Tatsächlich kümmerte sich die BSÖ nur wenig um die formale Mitgliedschaft – vor allem die Bundestreffen und die Zeitschrift⁷⁴ waren offen für alle Gruppen. Insofern ist die BSÖ eine Mischung aus Dachverband und Netzwerk. Die Projekte und Arbeitskreise können für sich selbst sprechen. Elemente der Selbstorganisation sind also vorhanden.

Der inhaltliche Schwerpunkt lag lange auf dem fachlichen Austausch bzw. der studentischen Lobbyarbeit z.B. gegenüber StudentInnenwerken (Öko-Essen in Mensa, Baubiologie und Energieversorgung bei StudentInnenwohnheimen). Mitte der 90er Jahre machte sich die allgemeine Umorientierung der Umweltbewegung hin zu harmonie- und dialogo-

rientierten Positionen und Strategien auch in der BSÖ bemerkbar: Auf der Tagesordnung standen Moderationen, Mediationen, Zukunftswerkstätten und das Thema „Agenda“. Der Widerspruch zu den Resten direkter Aktionen (z.B. Teilnahme an Anti-AKW-Aktionen) wurde kaum wahrgenommen, weil auch in der BSÖ nur selten über grundlegende politische Positionen und Strategien diskutiert wurde. Diese Orientierung änderte sich Ende der 90er Jahre. Auf dem Bundes-Ökologie-Treffen 1997 in Jena formulierten einige Anwesende Kritik am Ansatz der Nachhaltigkeit, ein halbes Jahr später in Münster führten zwei Arbeitskreise, einer für und einer gegen die Agenda 21 zu einem spannenden Streit, im Zuge dessen sich Stück für Stück eine kritischere Haltung zu staats- und marktorientierten Umweltschutzstrategien durchsetzte. Schließlich kam es zu engen Kooperationen zwischen BSÖ und dem „Umweltschutz von unten“-Netzwerk, von denen die Bundes-Ökologie-Treffen seit Herbst 2000 auch gemeinsam ausgerichtet werden. Sie finden zweimal jährlich als Austauschebene und Diskussionsraum statt,⁷⁵ zudem gibt es viele Seminare und regelmäßig das Hochschul-Umweltinfos als schriftliches Vernetzungsorgan. Der Haushalt ist eher bescheiden und bewegt sich bei Einnahmen und Ausgaben zwischen 20.000 und 30.000 DM. Den größten Teil der Einnahmen machen die Mitgliedsbeiträge aus.⁷⁶

Tierrecht und Tierschutz

Die Zahl von Tierrechtsinitiativen und Tierschutzverbänden ist groß. Sowohl die Strukturen wie auch die politischen Positionen sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von den bürgerlichen Tierschutzverbänden, die oft nur einen rücksichtsvollen Umgang mit Haustieren fordern, bis zu den radikalen Tierrechtsgruppen, die in Verbänden oder als Basisgruppennetzwerke agieren und direkte Aktionen wie Jagdsabotage, Tierbefreiungen oder Brandanschläge auf leere Tiertransporter oder Farmen und Fleischereien durchführen. Letztere lehnen Tierhaltung und tierische Nahrung grundsätzlich ab, oft jedoch mit widerspruchsvoller Praxis.⁷⁷ Während große Teile der Tierschutzvereine keine politischen Positionen außerhalb ihres Kerngebietes beziehen, definieren sich viele Tierrechtsgruppen als Teil z.B. anarchistischen Widerstands, während andere auch nach Jahren intensiver Debatte und Kritik von außen und innen Schnittstellen zu rechten Gruppen und faschistoidem Gedankengut (siehe Kap. 3.7.3). Viele TierrechtlerInnen beteiligen aber auch an kreativen, direkten Aktionen z.B. gegen die Atomenergie, Straßenbau oder kapitalistische Treffen.

Einige große Verbände haben sich zum Thema Tierrechte gebildet, die mit einer einheitlichen Öffentlichkeitsarbeit versuchen, für das Thema und sich selbst zu werben. Die bekanntesten sind Animal Peace und PeTA. Beide sind umstritten, erstere wegen ihrer zentralistischen Strukturen, zweitere wegen ihrer PR-Methoden. So werben sie für vegane Lebensweise mit sexistischen, aufreißerischen Bildern.⁷⁸

Im Original: Auszüge aus „Tierrechte – von PeTA verkauft ...“, in: Tierbefreiung aktuell Nr. 35, S. 28ff.

Sex sells „... Wenn wir Leute packen können, weil wir eine Frau in einen Salat-Bikini stecken, werden sie wahrscheinlich eher bleiben und mehr über die Kampagne lesen“ ... „Jennifer Lopez – Wenn Du willst, dass man deine Augen betrachtet, J. Lo, brauchst du keine künstlichen Wimpern aus Fuchspelz zu tragen. Bedecke einfach nur deine Brüste“ ... Seit 1994 arbeitet PeTA auch immer wieder mit dem Playboy zusammen ... aus diesem Anlaß zusammen mit dem Playboy eine Party organisiert ...

Agenda-21- und Nachhaltigkeits-Organisationen

Seit Mitte der 90er Jahren sind verschiedene Lobbyverbände gegründet worden, andere schon bestehende Gruppen veränderten ihren Schwerpunkt in den Bereich der Agenda-21-Arbeit, Beratung und Moderation. Grund sind die erheblichen staatlichen Förderungen für diese Themensetzung. So hat z.B. das Land Nordrhein-Westfalen etliche hauptamtliche Stellen (sog. PromotorInnen) geschaffen, in vielen Ländern gibt es Förderungen nur noch im Zusammenhang mit Agenda und Nachhaltigkeit. Viele Einrichtungen, die in den 80er Jahre noch kritische Öffentlichkeitsarbeit machten, sind durch diese Veränderung zu zahmen, staatsnahen Gruppen geworden, z.B. die Wissenschaftsläden, viele Umweltzentren oder Bildungsstätten.⁷⁹

Netzwerk Zukunft

Es gibt einige Zusammenhänge, die ohne erkennbare Schwerpunkte sehr viele Strömungen und Gruppen zusammenbringen. Die Ziele, die dabei verfolgt werden, können sehr unterschiedlich sein. In einigen Fällen geht es darum, rechten oder esoterischen Positionen und Projekten Akzeptanz zu verschaffen.⁸⁰ Ein Beispiel für solche dubiosen Netzwerke soll hier vorgestellt werden. Es ist in den letzten Jahren aus verschiedenen regionalen Gruppen, im Netzwerk als Knotenpunkte bezeichnet, entstanden. Eine inhaltliche, gemeinsame Linie ist nur schwer erkennbar. In der eigenen Zeitung sowie aus den Vorstellungen der Knotenpunkte in der Selbstdarstellungsbroschüre läßt sich allerdings eine Richtung erahnen, die technisch-spirituelle Formen hat. Offenbar soll eine moderne Öko-Esoterik begründet werden, die Fragen der Herrschaftsstrukturen ausblendet. So wurden z.B. die Expo 2000 und die Agenda-Arbeit nicht nur kritiklos mitgetragen, sondern um zusätzliche spirituelle Aspekte ergänzt.

Im Original: Auszüge aus den Selbstdarstellungen der Knotenpunkte

Freiburg: ... Neue Lebenskultur und Agenda 21 ... innere lokale Agenda (Erforschung und Entwicklung des menschlichen Potentials)

Hannover: ... Im Jahr 2000 wird in Hannover die Expo 2000 als universale Weltausstellung stattfinden. Unter dem Motto „Mensch, Natur, Technik“ sollen Ansätze präsentiert werden, wie die Zukunftsaufgaben der kommenden Generationen gelöst werden können. Die Agenda 21 der UN-Konferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992 bildet den Orientierungsrahmen dafür. ... Der Knoten Hannover koordiniert Stellungnahmen und Anregungen aus den Netzwerk Zukunft e.V. zu diesem Expo-Konzept.

Magdeburg: ... Oliver Wendenkamp, c/o BUND Sachsen-Anhalt ... Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts. ... Für 1997 ist geplant, ein Netz von Agenda 21 Gemeinden über Sachsen-Anhalt gelegt zu haben. ... Kinder-Zukunftswerkstätten ... Die „neue“ Naturerfahrung ... Ab Sommer (...) werden vom Netzwerkknotten Magdeburg und dem BUND in Kooperation mit mehreren Schulen „Kreativ- und Phantasiezellen“ etabliert, in denen die Möglichkeiten geschaffen werden sollen „Mit den Problemen zu spielen“.

Auszüge aus der Zeitung „Zukünfte“ (Ausgabe Sommer 1997, die zusammen mit dem Forum Umwelt&Entwicklung (!) herausgegeben wurde)

Umweltbewußte Verbraucher können helfen, Haushaltsmüll zu reduzieren, in dem sie beim Einkauf möglichst nach sparsam verpackten Produkten greifen. ... (danaben das Foto einer Frau mit Einkaufskorb, S. 20)

Untergangspropheten und Müsli-Apostel gelten eher als skurrile Randerscheinungen unserer Gesellschaft denn als Vorbilder für umweltgerechtes Verhalten. ... Wer partout sein schnelles Auto liebt, wer (wie ich selbst) das Kochen haßt und deshalb auf Fertiggerichte zurückgreift, wer Fernreisen über alles schätzt oder wer ohne neue „Klamotten“ keine Modeseason zu überleben glaubt, der soll sich nicht voller Selbstmitleid in die Askese begeben, sondern sich bewußt und souverän für die eigene Schwäche entscheiden. (S. 44)

future management: Ein neuer Service ... 12 Thesen zum nachhaltigen Wirtschaften ... fokus: ... UnternehmensGrün ... future e.V. ... B.A.U.M. ... Forschungsprojekte, z.B. Daimler-Benz ... Globales Management, z.B. Hoechst ... (S. 57-60)

Lebensgemeinschaften als Zukunftsgestaltung ... von Leila Dregger (S. 67)

Expo 2000: Wenn alles sich so entwickelt wie es zur Zeit angedacht und vorverhandelt wird, könnten sich im Jahr 2000 auf der Hannoveraner Expo 2000 einige Durchbrüche ereignen:

– Während der EXPO 2000 wird ein vieltägiges und vieldimensionales Forum (ein Weltkongreß) der Zukunftsforscher der Welt organisiert werden, in dem sich diese im Zwischenraum zwischen einerseits wünschenswerten und möglichen & gestaltbaren Zukünften und andererseits den eher im Trend liegenden Zukünften bewegen können, in dem aber auch Utopien, Science Fiction oder Technological Forecasting, etc. zu ihrem Recht kommen werden;

– Die Deutschen haben die Möglichkeit, im Rahmen einer wahrhaft völkergemeinschaftsverträglichen, ja sogar völkergemeinwohl-orientierten Orientierung wichtige Beiträge zur Entwicklung Europas zu leisten, wobei sicherlich wissenschaftlich-technologische, ökologische, industrielle und kulturelle Beiträge im Vordergrund stehen werden. (S. 81)

Bemerkenswert ist die Mischung der Knotenpunkte und der MacherInnen im Netzwerk. Im Vorstand sitzt unter anderem Erhard O. Müller, der auch die entscheidende Person der Redaktion von „Zukünfte“ ist. Er hatte 1997 als Funktionär des Hauses der Demokratie (Berlin) die Einstellung der damaligen ZEGG-Öffentlichkeitsreferentin Leila Dregger⁸¹ betrieben und dieses Beschäftigungsverhältnis gegen Kritik von außen verteidigt. Dieselbe Leila Dregger trat als Autorin in der von Müller verantworteten „Zukünfte“ tritt. Auch andere dubiose Organisationen wirkten mit, z.B. steht als Knotenpunkt in Darmstadt Martin Kalinowski, der in seinem Buch „Alternative Berufsfindung“⁸² einige Male Bezug nimmt auf den rechten Ökologen und ehemaligen geistigen Führer der rechten, spirituellen Ökologie, Rudolf Bahro (Ende 1997 gestorben). Gleichzeitig finden sich als Knotenpunkte seriöse bis linke Leute und Einrichtungen, z.B. für Bonn Adrian Reinert von der Stiftung Mitarbeit und für Kassel Rolf Schwendter, bekannter linker Soziologe.⁸³ Der BUND-Funktionär Oliver Wendenkamp saß im Vorstand des Netzwerkes, ebenso VertreterInnen von „Planning for real“ oder „Zukunftskonferenzen“.⁸⁴ Im Beirat von „future management“, dem Wirtschaftskreis des Netzwerks, fanden sich der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger und der Drahtzieher von B.A.U.M., Maximilian Gege. Eine der Zentralen des Netzwerkes und Kontaktadresse für die „Zukünfte“ ist das Sekretariat für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen, das mit mehreren 100.000 DM vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert wird. Kooperationen bestanden auch mit dem von allen wichtigen Umwelt- und Entwicklungsverbänden getragenen Forum Umwelt & Entwicklung.

Thematische Netzwerke

Die Liste der auf bestimmte Themen beschränkten Vernetzungen ist fast unendlich lang. Einige weitere Beispiele: Bundesvereinigung der FluglärmgegnerInnen, Bundesvereinigung der TierbefreierInnen, Total Tote Dose/SchülerInnenaktion Umwelt, Mobil ohne Auto, Pestizid-Aktionsnetzwerk, Dachverband kritischer Aktionäre und Aktionärinnen, Bürgerwelle (Initiativen gegen Mobilfunk) sowie Siemensboykott. Listen finden sich unter vielen Internetadressen, z.B. www.projektwerkstatt.de/adressen oder www.ecoworld.de. Ein ständig aktualisiertes und kommentiertes Verzeichnis sind die „Grauen Seiten“ der Materialauswahl Umwelt, www.maus-versand.de.

Quellen zu 3.4

- 1 So gibt es in der Anti-Atom-Bewegung zwar nur informelle Zusammenhänge (Konferenzen, Delegiertentreffen, Zeitungen und Rundbriefe), über diese kommt es aber zu gemeinsamen Aktionen, z.B. gegen Castor-Transporte. Eine Handlungsfähigkeit ist gegeben. Andere Netzwerke wie das Gen-ethische Netzwerk legten ihren Schwerpunkt lange auf den Austausch von Informationen, um so den konkreten Aktionsgruppen zu helfen.
- 2 Eine konsequente Debatte um hierarchiefreie und selbstorganisierte Bewegung von unten findet im „Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand“ statt. Mehr unter www.hoppetosse.net.
- 3 Das bekannteste Beispiel ist Attac. Dort war zuerst die Führungsgruppe vorhanden. Noch bevor überhaupt die Masseneintritte rund um den G8-Gipfel in Genua (Sommer 2001) begannen, standen das Büro, die Themensetzungen und alle wichtigen Aufgabenverteilungen. Erst für Mitte 2002 war eine Entscheidung über die Festlegung von Strukturen in Aussicht gestellt, bis dahin hatte der Koordinierungskreis (wie das allgewaltige Führungsgremien verschleiern genannt wurde) sich selbst ins Amt berufen. Die Basisgruppen hatten keinerlei Einfluß auf die überregionalen Themensetzungen. Dennoch nannte sich Attac „Netzwerk“ und „Organisation neuen Typs“. Attac-Homepage: www.attac-netzwerk.de. Kritik an Attac: <http://go.to/tobin-tax>.
- 4 Siehe Selbstdarstellungen und mündliche Mitteilungen. In der Anfangsphase des BBU, gleichzeitig seine Hochphase, ist der BBU meist wie ein Verband und damit doch im Namen der Basisgruppen aufgetreten.
- 5 Im Jahr 1997 lehnte es der BBU-Vorstand ab, eine Genfeldbesetzung öffentlich zu unterstützen aus Angst vor Entzug der Gemeinnützigkeit oder anderer Unterstützungen.
- 6 Mündliche Mitteilungen ehemaliger BBU-Vorstandsmitglieder.
- 7 Hinzu kam die Umorientierung des BBU hin zu einem Lobbyverband. Gremienarbeit wurde bevorzugt, Aktionen in der Öffentlichkeit gab es kaum noch.
- 8 Diskussionen liefen im BBU-Infodienst ab.
- 9 Unter anderem forderte der BBU-Vorstand mehrheitlich die Grünen öffentlich zur Geschlossenheit unter Führung von Joschka Fischer auf und verweigerte positive Pressearbeit begleitend zu Genfeldbesetzungen, an den Jörg Bergstedt hingegen teilnahm. Mit der Befürwortung der Agenda 21 versuchte die BBU-Vorstandsmehrheit um die zentralen Personen Wolfgang Guhle und Geschäftsführerin Christine Ellermann an Fördergelder für den Verband zu gelangen.
- 10 **Ausgabe März 1997**, S. 16. Eduard Bernhard und die Geschäftsstelle kannten nach eigener Darstellung die „Junge Freiheit“ nicht, obwohl die Diskussion gerade um dieses Blatt wenige Jahre zuvor in vielen politischen Organisationen gelauten war.
- 11 Eine Auswertung der Rechnungsabschlüsse 1995 bis 1997 ergibt, daß der BBU zur Zeit auf dem bestehenden Schuldenniveau stagniert, d.h. er schafft keine Senkung der Schulden, obwohl er weder seinen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen Kosten ersetzt noch große Aktionen durchführt.
- 12 1997/98 gab es im BBU Bestrebungen, den BBU zu einer Koordinationsstelle und politischen Speerspitze mit einer offenen Basis zu machen, statt sich auf die wenigen verbliebenen und oft überalterten Basisgruppen zu konzentrieren. Dieses Ansinnen war aber im Vorstand nie mehrheitsfähig.
- 13 Weitere Informationen zu beiden einschließlich der Gründe für nachlassende Aktivität siehe unter 3.4.4 und 3.4.5.
- 14 Die Mehrheit der an den Vorstandssitzungen teilnehmenden Personen hat Parteibücher von SPD oder Grünen.
- 15 BBU-FunktionärInnen saßen 1997 in DIN-/Normungsausschüssen, im Umweltgutachterausschuß sowie im Hauptausschuß und in Arbeitskreisen der AGU. Alle Gremien sind für die konkrete Umweltschutzarbeit unwichtig, da sie ausschließlich Detailfragen diskutieren, die eigentlichen politischen Entscheidungen aber andernorts fallen.
- 16 Von Frühjahr 1996 bis Ende 1997 sowie ab Ende der 90er Jahre immer wieder erschien kein „Infodienst“, d.h. einen Informationsfluß zur Basis gab es nicht.
- 17 Von Mai 1997 bis Anfang 1998 saß mit Jörg Bergstedt endlich wieder ein parteiloses Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, konnte sich mit radikaleren Ansichten zum politischen Stil des BBU aber nicht durchsetzen. Im Gegenteil: In einer **Pressemittteilung** vom 24.2.1998 bezeichnete der BBU gerade Joschka Fischers Politik als besonders glaubwürdig für die Grünen.
- 18 Die Informationen stammen aus der Schrift „**10 Jahre BUND Kreisverband Hersfeld-Rotenburg**“ und mündliche Mitteilungen.
- 19 Selbstdarstellungsschriften „**Grüne Liga**“ (von 1991), „**Die Menschen und ihre Themen**“, „**Grundsätze**“ und andere. **Die Woche vom 13.12.1996**.
- 20 Schrift „**Grundsätze**“, S. 3.
- 21 Die Gesellschaft für Natur und Umwelt war die staatliche Organisation innerhalb des Kulturbundes der DDR mit immerhin ca. 60.000 Mitglieder.
- 22 Das liegt wesentlich an den beiden Führungspersonen der letzten Jahre, Klaus Schlüter und Leif Miller (inzwischen Spitzenfunktionär beim NABU), die die Lobbyarbeit vorantrieben und auch selbst Gremienposten anstrebten (z.B. im DNR-Präsidium), während sich außer ihnen nur wenige um bundespolitische Angelegenheiten kümmerten.
- 23 Nach mündlichen Schilderungen kam es zu gegensätzlichen Redebeiträgen von BUND-Funktionären und Armin Torbecke, damals in der noch radikalen Jugendumweltbewegung aktiv.
- 24 Ab 2000 war Miller sogar DNR-Vizepräsident, wechselte dann aber als Hauptamtlicher von der Grünen Liga zum NABU.
- 25 Auch die Fluktuation im Vorstand zeigte diese Unterschiedlichkeit. Durch die sehr eigenständigen Landesverbände wurden immer wieder Personen vorgeschlagen, die verschiedene Strömungen darstellen – vom den staatsnahen Agendafunktionären Stefan Richter und Leif Miller bis zur herrschaftskritischen Dresdnerin Uta Knischewski, die 2002 zur SprecherIn gewählt wurde.
- 26 Unter anderem war die Grüne Liga bei der Expo-Korrespondenzregion Sachsen-Anhalt und dem Agendahaus Dresden dabei.
- 27 Leif Miller sowie für den NABU die Ex-Jugendumweltaktive Simone Wild folgten dem Ruf Trittins.
- 28 Mündliche Aussage des AK-Energie-Sprechers Fred Just im Sommer 1997.

- 29 Eine Anfrage zur Kooperation z.B. beim Basisgruppen-Infodienst „Ö-Punkte“ lehnte die LBU-Geschäftsstelle im Sommer 1997 pauschal mit Hinweis auf die vielen Verpflichtungen in den staatlichen Gremien ab.
- 30 www.lbu-niedersachsen.de/portrait.htm, 4.3.2002.
- 31 Redaktion Atom-Express, 1997, „**Und auch nicht anderswo**“, Verlag Die Werkstatt, Göttingen.
- 32 Gerade in den ersten Jahren stellten rechte Verbände wie der WSL sogar ein wesentliches Rückgrat der Proteste. Noch heute sind Personen wie der Ex-WSL-Präsident Max O. Bruker in alten Bls hoch angesehen.
- 33 Anfang 2002 entstand aus der Debatte „Organisierung von unten“ u.a. der Vorschlag der „Offenen Presseplattform“, die bei Aktionen eingerichtet wurde unabhängig von der Zustimmung der dominanten Kreise in Anti-Atom-Zusammenhängen.
- 34 In vielen Ländern sowie durch den Bundesverband wiederholen sich sogar öffentliche Distanzierungen von Widerstandsgruppen, wenn diese z.B. den legalen Rahmen verlassen.
- 35 Aktuell ist die Mitarbeit an der Agenda 21 sehr beliebt. Im Öko-Institut wurde die ehemalige Koordinationsstelle der Energiewendearbeit zur Agenda-Beratung umgebaut.
- 36 Das gilt auch für Strömungen, die sich in der Zeit der Flaute der Anti-Atom-Bewegung anderen Themen zugewendet hatten (Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre, Asyldebatte Anfang der 90er Jahre), z.B. gewaltfreie Aktionsgruppen.
- 37 Verschiedene Veröffentlichungen sowie Schwerpunkt in der anti atom aktuell widmeten sich der Frage einer notwendigen politischen Ausdehnung des engen Anti-Castor-Bezugs, Seminare und kleine Tagungen fanden statt. Sie beeinflussten teilweise auch das konkrete Handeln, z.B. die heute über Grenzen hinweggehenden Proteste nach starker Kritik am nationalen Charakter der Castorblockaden. Dennoch blieb immer alle Praxis auf den Castor fixiert.
- 38 Attac wurde schon als Kerngruppe der GlobalisierungskritikerInnen dargestellt, als es tatsächlich noch ein kleines Häuflein von FunktionärInnen war. Die Forderungen von Attac haben mit den ursprünglichen Ideen der Proteste von Seattle, Prag oder Genua nichts zu tun – auch wenn die Bewegung schon immer sehr unterschiedlich war und von grundsätzlichen GegnerInnen von Staat und Kapitalismus bis zu BefürworterInnen einer Regulierung, also des „guten (National)Staates“ reichte.
- 39 Diese Schwäche machten sich einige Umweltverbände zunutze. So war der BUND bei Castorprotesten kaum vertreten, schickte aber seine Hauptamtlichen in die Fernsehstudios. Dort machten sie BUND-Werbung, stellten ihre eigenen politischen Forderungen auf (die deutlich zurückhaltender waren als die des Spektrum unabhängiger Anti-Atom-Gruppen oder Kampagnen wie X1000malquer) und distanzieren sich teilweise von den Aktionsformen, wegen denen sie die Aufmerksamkeit erhielten – z.B. während des März-2001-Castors vom Unterhöhlen von Straßen.
- 40 Eine kontroverse Debatte um „X-tausendmal quer“ fand sich in fast allen einschlägigen Zeitschriften, u.a. in der anti atom aktuell von April bis Juni 1997. Weitere Quellen: **Flugblätter zur Aktion, interne Rundbriefe der Aktion**. Einseitig lobende Darstellungen fanden sich in der Graswurzelrevolution, in der Kritik zunächst weitgehend verschwiegen wurde.
- 41 Das Streckenkonzept besagt, daß verschiedene Aktionsformen nebeneinander entlang der Strecke möglich sind und sich so nicht gegenseitig stören, daher auch nicht gemeinsam beschlossen werden müssen.
- 42 Mündliche Mitteilungen aus der Umweltwerkstatt Verden.
- 43 Die Struktur von „X-tausendmal quer“ war in vielen Punkten innovativ – moderne, vor allem verdecktere Herrschaftsmethoden wurden probiert. Geworben wurde mit den Ideen der Gewaltfreiheit und Basisdemokratie. Letztere aber war gerade bei „X-tausendmal quer“ nicht vorhanden. Die Bezugsgruppen und Räte hatten keine wichtigen Punkte mehr zu entscheiden. Alles war vorher exakt geplant bzw. durch Selbstverpflichtungen unabänderlich geworden. Die wichtigsten Entscheidungen trafen Gremien, deren Existenz den Basis-AkteurInnen am Gleis gar nicht bekannt waren, z.B. die Pressegruppe (nachgefragt bei den Aktionen Oktober 2000 in Philippsburg). Professionelle Moderation und Konsensmethoden flachten Kritik ab und suggerierten Mitbestimmungsmöglichkeiten und übereinstimmende Meinungen. Eine Weiterentwicklung des verdeckt-zentralistischen Konzeptes war ab 2000 die NGO Attac, deren Struktur ebenfalls aus den Verdener Kreisen entwickelt wurde.
- 44 Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß Ausgrenzungen auch von gewaltbereiten Gruppen ausgingen, wenn auch niemals in derart umfassend organisierter Form. Nach mündlichen Mitteilungen wurde in autonomen Gruppen während der „X-tausendmal quer“-Blockade sogar überlegt, diese gewaltsam zu beenden. Die BefürworterInnen dieser Idee konnten sich glücklicherweise nicht durchsetzen.
- 45 Das sog. „Fingerprinzip“, nachdem sich die Demozüge von X-tausendmal quer immer weiter aufspalten in verschiedene Züge und so Polizeisperren aufreiben oder umgehen.
- 46 Einige FunktionärInnen des Verden-Projektes versuchten im Sommer 2001, sich selbst als Geschäftsführung von X-tausendmal quer einzusetzen. Dafür wurde ein Vertrag zwischen X-tausendmal quer und dem Verdener Lobbyarbeits-Verein Share e.V. aufgesetzt. Share hätte dann die Geschäftsführung übernommen. Dieser Vertrag scheiterte knapp an einem Veto – was auch zeigt, wie treu ergeben und unkritisch die Basis-AkteurInnen der Verdener Führung gegenüberstanden. Zeitlich parallel verlief der Aufbau von Attac. Auch dort wollte Share e.V. die Geschäftsführung übernehmen, was auch klappte. Daraufhin konzentrierten sich die FunktionärInnen auf Attac. Verbindungen bestehen noch über die ebenfalls aus der Verdener Gruppe heraus gegründeten „Bewegungsstiftung“, die gezielt Führungspersonen aus sozialen Bewegungen finanziell absichert. Dazu gehört aktuell Holger Isabelle Jänicke, ein X-1000malquer-Aktivist. Ein weiterer führender Kopf von X-tausendmal quer, Jochen Stay, wurde 2001 Hauptamtlicher bei Robin Wood (als Zuarbeiter des Energiereferenten) – auch er war zuvor von der Stiftung gefördert worden und sitzt im Stiftungsrat.
- 47 Statt unabhängig könnte auch der Begriff „autonom“ verwendet werden, der jedoch auch die ältere politische Strömung der Autonomen meinen könnte. Tatsächlich sind etliche „Autonome“ auch in unabhängigen Anti-Atom-Gruppen organisiert, allerdings sind die Bereiche nicht identisch. Die meisten unabhängigen Anti-Atom-Gruppen bestehen aus einem breiteren Spektrum.
- 48 Verteiler: ca. 650, in den letzten Jahren von castorbedingten Zwischenhochs abnehmende Abozahl
- 49 Siehe auch www.hoppetosse.net (mit Links zu allen genannten Aktionen und deren Auswertung), u.a. mit dem Redetext „Hinter dem Castor steht das System“. Berichte aus Dresden unter www.umweltzer.de. Zum Atomforum 2002 in Stuttgart lautete die Internetadresse www.atommafia.de.

- 50 Quelle: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/da.htm.
- 51 Bei den folgenden Vorstandswahlen entschied sich die BI bewußt, neue VorständlerInnen zu wählen, die den Streit nicht weiterführen wollten, um eine Eskalation zu verhindern (mündliche Mitteilung der BI-Vorsitzenden). Die beschriebenen Veränderungen in der Ausrichtung von X-tausendmal quer entschärfen den Streit ebenfalls.
- 52 Auf dem Delegiertentreffen im September 1997, kurz nach Erscheinen des zweiten „X-tausendmal quer“-Flugblattes, zeigten sich BI-Vertreter sehr überrascht über die wütende Reaktion vieler unabhängiger Anti-Atom-Gruppen wegen ihrer einseitigen Bündnispolitik mit X-tausendmal quer.
- 53 Beispiele: Die BI Ahaus wurden wegen Kontakten zu konservativen Gruppen kritisiert, die BI Lüchow-Dannenberg wegen einer Wortwahl, die Begriffe aus der Debatte um AsylbewerberInnen unkritisch übernahm.
- 54 Viel Verwirrung stiftete die Kritik von Michael Sailer aus dem Öko-Institut in Freiburg an den Castor-Protesten, die er ausgerechnet vor einem der Castor-Transporte öffentlich machte. Das Öko-Institut stand Mitte bis Ende der 90er Jahre in einem Wandel raus aus der Umweltbewegung. Nach der Bundestagswahl 1998 konzentrierte es sich vollends auf die Rolle als Regierungsberater. Neben dem Öko-Institut sind vor allem das Umweltinstitut München, das in der Münchener Agendaarbeit eine Hauptrolle spielt, und die Gruppe Ökologie in Hannover zu nennen.
- 55 So war es zu lesen auf einer Ausstellung des BUND während der Delegiertenversammlung 1997.
- 56 BUND-FunktionärInnen in den Studios distanzieren sich z.B. von den Straßenunterhöhungen und von Essigsäure-Spritzen gegen PolizistInnen, obwohl letzterer Vorwurf eine glatte Erfindung der Polizei war.
- 57 Der Castor mußte sogar zurückfahren und konnte erst nach 17 Stunden Unterbrechung die Blockadestelle passieren. Die Blockadegruppe war gemischt, dennoch sorgte die professionelle Pressearbeit von Robin Wood für die Wahrnehmung vor allem ihres Verbandsnamens. Für eine Vermittlung weitergehender politischer Positionen wurden die 17 Stunden nicht genutzt – Robin Wood hat keine solche Positionen, die unabhängigen Gruppen, die diese teilweise haben, verfügten über keine eigene Außenwirksamkeit und bemühten sich auch nicht darum.
- 58 Durch die mangelnde Verknüpfung wurden etliche Chancen vertan, z.B. bei den Greenpeace-Aktivitäten vor der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, die sehr gut mit lokalen Aktionen vor den betroffenen AKW-Standorten hätte verbunden werden können. Dazu hätte aber Greenpeace vernetzungsorientiert handeln müssen – und das kann der auf eigene Aktionen fixierte „Umweltkonzern“ einfach nicht.
- 59 Intensive Diskussionen dazu liefen auf den Delegiertentreffen 1997 und in der anti atom aktuell.
- 60 Position gewaltfreier Aktionsgruppen auf dem Anti-AKW-Camp 1997 in der Nähe von Biblis.
- 61 Am stärksten instrumentalisiert wird die Gewaltfrage immer wieder in der „Graswurzelrevolution“. Die Proteste von Seattle wurden ebenso als „gewaltfrei“ dargestellt wie der Aufstand der Zapatistas, während die Proteste Genua als „militantes Desaster“ denunziert wurden.
- 62 Das geschieht teilweise in extremer Weise. So paktieren z.B. österreichische Anti-Atom-Gruppen mit der rechtspopulistischen FPÖ und deren Führer Jörg Haider. Vor einer Anhörung zum gleichen AKW Temelin forderte DNR-Präsident Hubert Weinzierl in einer Pressemitteilung (10.4.2002, <http://presseportal.de/story.htx?firmid=29188>) Kanzler Schröder und Bayerns Ministerpräsident Stoiber auf, das AKW zu verhindern. Doch auch jenseits solche Kooperationen sind Appelle an Regierende eine weitverbreitete Strategie von Anti-Atom-Arbeit.
- 63 Beispiele für Dominanz gibt es zahlreiche: Die Anti-Atom-Konferenzen werden immer aus intransparenten Kreisen heraus organisiert und moderiert. Bei Aktionen agieren intransparente Pressegruppen und -sprecherInnen. In BIs und Verbänden üben Vorstände Macht aus. Auch Basisgruppen sind durchzogen von Machtspielen, Ausgrenzungen usw. Im Herbst 2001 und Frühjahr 2002 lehnten die jeweiligen Organisationsgruppen für die Anti-Atom-Konferenz Vorschläge der Projektgruppe „HierarchNIE!“ (ein Projekt, das aus dem „Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand“ entstand, siehe www.projektwerkstatt.de/von-unten) für einen hierarchiefreieren Verlauf ab.
- 64 Zum Herbst-Castor 2001 ins Wendland mobilisierte die BI Lüchow-Dannenberg mit dem Spruch „Nicht-zum-Castor-gehen ist wie Nicht-wählen-gehen“.
- 65 Auf der Messe wurde die Rede von Ernst-Ulrich von Weizsäcker mit einem Plakat „Für Umweltschutz ohne Markt und Staat“ begleitet, auf der Umweltkonferenz die Rede von Umweltminister Trittin unterbrochen mit einem eigenen Redetext, ein 6m-Transparent „Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer“ vor der Bühne aufgespannt und die „**Ökozeitung gegen Markt und Kapital**“ verteilt.
- 66 Weitere Beispiele für Projekte: Gruppe Gegenbilder (Diskussion um herrschaftsfreie Gesellschaft), Projekt HierarchNIE! (Abbau von Dominanzen durch herrschaftsfreiere Gruppen- und Entscheidungsfindungsprozesse), Buchprojekte zu kreativer Antirepression und anderen Themen, neue Zeitungsprojekte, offene Presseplattform (Pressearbeit „von unten“ bei Aktionen), Debatte um „Organisierung von unten“, Zeitung „BewegungsmelderIn“ zu großen Aktionen wie Genua im Sommer 2001, Terminkalender „RandaleführerIn“ (<http://go.to/randalefuehrer>) usw. Erste gemeinsame Aktionen bei der NATO-Tagung in München. Vernetzung über Mailingliste und direkte Treffen. Zahlreiche Seminare und Workshops auf Kongressen und Camps zu Selbstorganisation, Entscheidungsfindung, Direkte Aktion usw. Mehr unter www.hoppetosse.net.
- 67 www.nichtwissen.de.
- 68 Direkte Aktion und Widerstandsarbeit ist eines der wenigen Felder im Umweltschutz, in dem die Aktivität selbst neue Aktive motivieren kann. Doch diese Aktionsformen gehen nur von wenigen unabhängigen Gruppen oder Einrichtungen aus, während die etablierten Umweltverbände die Zeit verschlafen.
- 69 Kritik an der Pro-Agenda-Position wies der GeN-Geschäftsführer Henning Strodthoff heftig zurück und beschimpfte seinerseits die KritikerInnen als Randgruppen. Strodthoff war auch in anderen Situationen für eine Distanz zwischen unabhängigen Gruppen und GeN verantwortlich – z.B. die Ablehnung einer Mitwirkung im Expo-Widerstand.
- 70 Bisher als BIVKO abgekürzt, inzwischen mit der Abkürzung BUVKO als allgemeiner Umweltthemenkongreß ausgedehnt.
- 71 Vorher war ein Teil der Gruppen im BBU organisiert, der auch die Gründungsphase des Verbandes unterstützte.
- 72 Die Initiative „Mehr Demokratie“ baute zu Beginn stark auf die vorhandenen Müllkonzept-Basisgruppen auf.
- 73 In einigen Ländern gab es LandessprecherInnen und landesweite Treffen, die aber meist nicht lange hielten.

- 74 Ehemals „Hochschul-Umwelt-info“ (HUI), seit 2001 „Freches Umwelt-Info“ (FUI).
- 75 Seit dem BÖT in Augsburg (Frühjahr 2001) experimentieren die BÖT-OrganisatorInnen mit hierarchiefreieren Strukturen – immerhin das erste überregionale Treffen, wo solche Verfahren in der Umweltbewegung zum Einsatz kamen. Ebenfalls in Augsburg zeigte das BÖT Schärfe mit einer Resolution gegen das Kyoto-Protokoll, die anschließend in „linken“ Tageszeitungen stark verrissen wurde, da dort und unter NGOs die Unterstützung der Bundesregierung das Ziel war.
- 76 BSÖ im Internet: www.fs.tum.de/bsoe/
- 77 Hundehaltung ist weit verbreitet, ökologische Landwirtschaft wird nur von wenigen als wichtig angesehen, obwohl die Anwendung von Giften millionenfaches Tierleben pro Hektar Anbaufläche vernichtet.
- 78 Kritik daran z.B. in der Tierbefreiung aktuell Nr. 35, S. 28ff und Voice im Frühjahr 2002, S. 12ff.
- 79 Zur Agenda- und Nachhaltigkeitskritik siehe den Band 1 von „**Agenda, Expo, Sponsoring**“ (IKO-Verlag), die dazugehörige CD mit vielen Dokumenten sowie die Zitatenseiten auf www.projektwerkstatt.de bzw. die Umweltschutz-von-unten-Internetseite <http://go.to/umwelt>. Das Institut für Ökologie hat zur Agenda-21-Kritik einen Reader herausgebracht (siehe www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/versand.html).
- 80 Besonders gefährlich sind die Querfrontideologen, die rechte und linke Gruppen zusammenbringen wollen (siehe Kap. 3.8.2).
- 81 Dregger war Chefredakteurin des **ZEGG-Magazin** und die häufigste Schreiberin über das ZEGG in esoterischen und Anders-leben-Zeitungen. Sie war besonders bemüht, ZEGG-Gedankengut in Umweltschutzveröffentlichungen einzubringen. Bei den Einstellungsgesprächen im Haus der Demokratie verschwieg sie ihre Herkunft gegenüber den anwesenden Verbänden.
- 82 Harms-Verlag, Kiel, 1997.
- 83 Auf ein Schreiben, in dem sie auf die Verstrickungen des Netzwerk Zukunft hingewiesen werden, antworteten beide nicht. Das Netzwerk Zukunft ist zudem das offizielle Agendabüro des Landes Sachsen-Anhalt.
- 84 Die VertreterInnen dieser Methoden treten auch auf Tagungen zur Bürgerbeteiligung regelmäßig auf.